

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$ in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 11. November 1893.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$ Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Geschichtliches und Polemisches zur deutschen Gewerkschaftsbewegung.

III.

Deutschland stand mitten im geschichtlichen Niedergang, als 1878 das Sozialistengesetz auf der Wüsthäute des öffentlichen Lebens erschien. Der Milliardenregen hatte die Entwicklung der deutschen Industrie, die nach dem Falle der kleinstaatlichen Zollschranken durch die Schaffung der deutschen Handelsverträge nach den politischen Umwälzungen der Jahre 1866 und 1870 mächtig gewachsen war, geradezu treibhausmäßig in die Höhe geküsst, der „Kraich“ und die ihm folgende jahrelange sich hinziehende Krise stürzte sie wieder völlig herunter. Daneben war die Arbeiterbewegung innerlich und äußerlich kräftig gewachsen, in der günstigen Geschäftszeit hatten Streiks um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen „die Industrie heunruhigt“, jetzt hinderten die Gewerkschaftsorganisationen die Unternehmer, das ihnen vom Minister Camphausen empfohlene Rezept der Lohnreduktion kurzerhand und widerstandslos in Anwendung zu bringen — kurz, die ganze deutsche Unternehmerklasse war in einer förmlichen Wutstimmung gegen die Arbeiterklasse, so daß sie mit Bier auf einen Konfliktfall lauerte, eine Stimmung, wie sie sich 1890 nach den Wahlen und angesichts der drohenden Aufhebung des Sozialistengesetzes bei Gelegenheit der Maffeler wiederholte. „Daß Euch nicht provozieren, man will stehen!“ warnte damals der „Vorwärts“, als „zur gelegenen Stunde“ die Hölle- und Nobilität-Schüsse geknallt hätten. Und wie berechtigt diese Warnung war, hat Bismarck selbst zynisch sogar für 1890 zugestanden, als er „zur Maffeler“ einen schneidigen General, „einen Handegen“ an die Spitze der Regierung stellen wollte!

Die Bourgeoisie hatte die Arbeiterbewegung, die politische wie die gewerkschaftliche; ihr getreuer Eckehard Bismarck benützte die Attentate zum Versuche, die Arbeiterbewegung mittelst des Sozialistengesetzes zu erdrücken. Denn nicht um die Auswüchse der Sozialdemokratie zu hindern, wurde das Sozialistengesetz geschaffen, sondern um den Ausbeutern die Arbeiterklasse wehrlos zur Plünderung zu überlassen. Und so war denn die erste Handlung der Regierung, mit der politischen auch die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung mit einem Federstrich zu vernichten. 17 Zentralverbände, 62 Lokal- u. Gewerkschaftsorganisationen, 1 Zentral- und 10 Lokal-Unterstützungsvereine wurden sofort nach Erlaß des Ausnahmegesetzes aufgelöst und soweit die Polizei der Gelder habhaft werden konnte — das Vereinsvermögen konfisziert. Natürlich war die in Braunschweig domicillierte Metallarbeiter-Gewerkschaftsammlung samt dem damit verbundenen Kampfer-Verbande darunter, ebenso die Metallarbeiter-Vereinigung Deutschlands mit folgen-

den Mitgliedschaften: Altenburg, Berlin, Bielefeld, Breslau, Bremerhaven, Braunschweig, Chemnitz, Ebn, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Eßlingen, Gera, Gleichen, Göttingen, Hagen, Halpe, Hanau, Hannover, Herford, Höchst, Kall, Karlsruhe, Stegitz, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mühlheim a. N., Mühlheim a. Rh., Neumünster, Offenbach, Ottersleben, Reddinghausen, Siegen, Stafffurt, Willingen, Wolfenbüttel und Zeitz. Und ebenso selbstverständlich wurde die Waffe der Gewerkschaftspresse über Nacht völlig vernichtet.

Einige Jahre schlen es, als sei das nichtswürdige Attentat der deutschen Ausbeuter gelungen: die Unternehmerklasse feierte förmliche Orgien der Brutalität. Lohnreduktionen, Maßregelungen aller Arbeiter, die ein Wort des Widerspruchs wagten, Verlängerung der Arbeitszeit waren an der Tagesordnung. Polizei und Ausbeutertum hatten eine heilige Alliance geschlossen, jeden Widerstand der Arbeiter gegen die fortgesetzten Überlässe unbillig zu machen.

Da trat anfangs der achtziger Jahre eine kleine Besserung in den Produktionsverhältnissen ein; die Stagnation wich, die Geschäfte gingen an zu gehen, und sofort war wieder die vermeintlich in den Boden gestampfte Arbeiterbewegung da. Lohnkämpfe und Streiks für kürzere Arbeitszeit brachen da und dort in den Industriezentren aus — ohne „berufsmäßige Aufhezer“ — soweit sie nicht von der Familie gerissen und durch die Ausweisung außer Landes getrieben, waren sie „zur Reserve“ und zum Schweigen gezwungen —; ohne Gewerkschaftsorganisationen, denn diese waren aufgelöst und immer wieder aufgelöst worden, ohne Gewerkschaftspresse, denn diese war verboten und immer wieder unterdrückt worden.

Es zeigte sich eben hier wieder einmal, wie hornirt kurzschichtig die Kapitalistenklasse und ihre politischen Sachwalter, Bismarck und Konsorten, waren, wenn sie glaubten, durch äußerliche Zwangsmittel die dem Kapitalismus innewohnenden „Natur“gesetze aufheben zu können. Wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, da erzeugt sie das Proletariat, da zwingt sie dasselbe zum Klassenkampf.

Die Fabrikanten brauchten jetzt die Arbeiter, um die günstige Zeit des Profitmachens auszunutzen zu können, sie mußten daher die Bügel etwas locker lassen; die Arbeiter dagegen konnten sich wieder etwas rühren, weil sie überall wieder Arbeitsgelegenheit fanden, sie ließen sich daher die Niederträchtigkeiten, Schindereien und Lohnrückereien der Ausbeutersippe nicht mehr so ohne Weiteres gefallen, und so entbrannte da und dort der Guerillakrieg auf wirtschaftlichem Boden. Allmählig knüpften sich auch wieder die Fäden der Gewerkschaftsbewegung. Das Sozialistengesetz, die gemeinsame Unterdrückung, die gemeinsame Mißhandlung, die bis zur Unerträglichkeit gestiegene Ausbeutung unter polizeilichem Schutze hatten um die Arbeiter einen Ring geschlossen, der ihnen jede äußerliche Organisationsform anfäng-

lich überflüssig machte, allmählig hatten sie wie das Proletariat so auch das Bütteltum mirbe gemacht. Die Gewerkschaftsorganisationen erstanden wieder, die Gewerkschaftspresse blühte wieder auf, von Jahr zu Jahr steigerte sich die Angriffskraft der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete, schließlich warfen die deutschen Arbeiter das Sozialistengesetz seinen Urhebern zerbrochen vor die Füße.

Als die Fesseln des Ausnahmegesetzes gesprengt waren, schäumte das Kraftgefühl der jungen Arbeiterbewegung zu geradezu überschwänglichen Hoffnungen auf. Die großartigen Wahlsiege des Jahres 1890 hatten die Bourgeoisie für den Augenblick verblüfft, die scheinbare Aenderung der Regierungspolitik lähmte ihre Widerstandskraft, die Sozialreform-Fanfaren des jungen Kaisers erschreckten sie und brachten die bisher so fest geschlossenen Interessenreihen in unbeschreibliche Verwirrung — aber nur für kurze Zeit. Rasch wurden sich die Unternehmer ihres sozialen Uebergewichtes wieder bewußt.

Die günstige Geschäftskonjunktur hatte 1890 ihren Höhepunkt bereits überschritten, sie befand sich bereits wieder auf absteigender Linie. Das hatten die Arbeiter übersehen. Woher sollten sie, denen Jahrzehntelang jede Organisationsmöglichkeit mit brutaler Faust unterdrückt worden war, auch die Kenntnis der industriellen Verhältnisse erhalten haben! So kam es, daß ein Angriffstreik nach dem andern verloren ging, langsam versickerte, daß die Unternehmer immer mehr und immer öfter die Arbeiter zu Abwehrstreiks provozirten, im Vollgefühl der ihnen günstigen Chancen, und daß die Arbeiter schließlich auf der ganzen Linie zum Rückzug gezwungen wurden. Geschlagen, aber nicht beslegt.

Jung, wie unsere Gewerkschaftsbewegung ist, unterm Sozialistengesetz mit einer ganz neuen Generation kampfesmüthiger Elemente herangewachsen, fehlte es ihr sowohl an theoretischer Schulung wie an der praktischen Erfahrung der vorsozialistengesetzlichen Zeit. Und so sehen wir sie genau dieselben Fehler machen, die jede junge Gewerkschaftsbewegung macht, und die auch vor dem Sozialistengesetz die früheren Gewerkschaften gemacht hatten. Es sind Kinderkrankheiten, die zwar unangenehm, aber nicht gefährlich sind, und die durchgemacht werden müssen.

Der Mithmuth über die erlittenen Niederlagen, über den Stillstand der gewerkschaftlichen Bewegung, über den Rückgang der Organisationen schlug um in den unerquicklichen Streit um die beste Organisationsform. Und wie immer der Streit um Meinungen um so erbitterter ist, je weniger abgeklärt diese sind, so entbrannte er auch hier in bitterer Heftigkeit, da und dort noch zugespitzt auf bestimmte Persönlichkeiten. Schließlich siegte natürlich theoretisch der richtige Gedanke der Zusammenfassung der Kräfte. Der Koalition des deutschen Unternehmertums, dem sich die Staatsregierung anschloß, wie die über das Komplott der Berliner

Metalindustriellen veröffentlichte Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ enthüllte, mußten die Arbeiter freilich geeinigt und geschlossen, nicht in hundert Vereinen und Organisationsformen gesplittert, gegenüberreten. Aber einen solchen Zusammenschluß der Kräfte kann man nicht durch einfachen Beschluß herbeiführen, er kann nur erfolgen auf dem Wege organischen Zusammenwachsend.

Die einzelnen Gewerkschaften waren zu jung und in sich selbst zu schwach, um diesen Zusammenschluß von heute auf morgen vollziehen zu können. Englands Gewerkschaften, deren Zentralfaktion im Parlamentarischen Komitee als Muster vorschwebte, hatten eine dreißigjährige Entwicklung hinter sich, konnten sich organisch entfalten, unbehindert durch schicksalshormirte Bezatungen einer Musterkarte reaktionärer Vereinsgesetze und noch reaktionärer und schicksalshormirterer Polizeipraktiken. Die deutschen Gewerkschaften trugen fast alle noch die Eierschalen des Sozialistengesetzes an sich, sie standen auf dem schwankenden Boden der Polizeiwilktir, das Rückgrat der englischen Gewerkschaft, die Unterstüßungskassen, die auch in schlechten Zeiten Werkkraft besitzen und die Desertion verhindern, war der deutschen durch die staatlichen Versicherungsgeetze genommen. Auch die gegen die höhere Entwicklung der Industrie in England zurückstehende Zerissenheit und theilweise Kleinbürgerliche Zurückgebliebenheit einzelner Produktionszweige in ganzen Landestheilen verunmöglichten es, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung von heute auf morgen jene Höhe erklomm, die einzelnen Gewerkschaftsphilosophen als in unmittelbarer Nähe liegend vorschwebte. Will man ein Haus solid bauen, muß man zuerst das Fundament mauern und zuletzt das Dach aufsetzen. Und wollen wir ganz aufrichtig gegen uns sein, so müssen wir fast sagen, daß man bei der Zusammenfassung der deutschen Gewerkschaften beinahe umgekehrt zu Werke gegangen ist.

Nach 1890 die unglücklich verlaufenen Streiks eine gewisse Blutleere der Gewerkschaften herbeigeführt hatten, schuf man auf der Berliner Gewerkschaftskonferenz eine „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, welche die planlosen Streiks verhindern, mindestens unnütze Blutabspaltung durch zwecklose Unterstüßungen verhüten sollte. Bald zeigte sich, daß sie keiner der ihr gestellten Aufgaben gerecht werden konnte. Nicht etwa, weil die Auswahl der Personen eine ungeeignete war, sondern weil ihr eine unmögliche Aufgabe gestellt worden. Die Generalkommission stand immer vor vollendeten Thatsachen; entweder konnte sie diese nicht verhindern, weil die Unternehmer die Aussperrungen in ihrem Interesse fanden — z. B. beim großen Hamburger Tabakarbeiter-„Ausstand“ —, oder sie konnte sie, wie bei einer Reihe Abwehrstreiks, nicht mehr rückgängig machen. Auf der andern Seite wirkte aber schon ihre bloße Existenz geradezu streikauf-

reigend, weil, je länger und schwächer eine Organisation, um so höher ihr Glauben und um so lebendiger ihre Hoffnungen auf die Generalkommission, in der ja die gesammte finanzielle Leistungskraft sämtlicher deutschen Gewerkschaften konzentriert war. Und die arme Generalkommission verfügte bloß über guten Willen, stolzen Namen und große Hoffnungen, aber ihre Kassen blieben leer. Sie mußte also bankrott gehen — nach beiden Seiten hin.

„Die Sonntagsruhe schädigt die Gewerbe“

So behauptet die allerdings nur kleine, aber einflussreiche Partei der Gegner dieser notwendigen Einrichtungen. Mit Recht hat kürzlich die ultramontane „Germania“ darauf hingewiesen, daß diese Behauptung vor den historischen Thatsachen nicht Stich hält.

Wo ist ein auch nur einigermaßen gebildeter Mann, welcher zu leugnen wagt, daß im 14. und 15. Jahrhundert die Gewerbe in Deutschland in herrlicher Blüthe standen und Werke schafften, welche heute noch die Bewunderung Aller hervorrufen und als Muster für die Gegenwart dienen?

Und doch haben alle Gewerbe damals nicht bloß streng die Sonntagsruhe gehalten, sondern auch an den zahlreichen Feiertagen jede Arbeit unterlassen. In vielfach mußte schon an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage die Arbeit früher eingestellt werden als an den gewöhnlichen Wochentagen. Diese geschichtliche Thatsache scheint vielfach vergessen zu sein. Deshalb scheint es angemessen, dieselbe der Gegenwart in's Gedächtnis zu rufen.

In Köln mußten, wie Ennen in seiner Geschichte dieser Stadt (Band II, S. 634) mittheilt, an den Vorabenden der großen Feste die Werkstätten frühzeitig geschlossen werden, um den Knechten (Gefellen) und Lehrlingen Gelegenheit zum Beichten zu geben. Die Sattler mußten an Sonnabenden und an den Vigilien der Aposteltage mit dem lichten Tage schließen; ebenso durfte kein Schuhmacher an den Vigilien hoher Feiertage bei Nacht arbeiten. Die Nadelmacher mußten Sonnabends, Frauen- (Marienfest-)abends und Apostelabends im Sommer um 6 Uhr, im Winter um 4 Uhr die Arbeit einstellen, die Filzhutmacher durften an den genannten Abenden nicht bei Nacht arbeiten. An Sonn- und Feiertagen durfte in Köln vor Kirchen und auf Straßen nichts zum Verkaufe ausgelegt werden. Den Büchern war es verboten, an Sonn-, Frauen- und Aposteltagen anders als an Fremde Beider zu verkaufen; ebenso durften an diesen Tagen keine Felle aus der Lohge gehoben und aufgehängt werden. Die Filzhutmacher durften ihre Waaren nicht an der Thür oder an den Fenstern aushängen u. s. w. Bei den Taschmachern durfte an den Sonn- und Feiertagen nur ein Mitglied der ganzen Zunft den Kauflustigen die verlangte Waare geben; dieser Sonntagsverkauf wechselte unter den Brüdern der Reihenfolge nach ab.

Der bekannte Nationalökonom Prof. Schmoller schreibt in seinem Werke: „Die Straßburger Zucher- und Weberzunft“ (Straßburg 1879. S. 454): Nach der Ordnung vom Jahre 1392 ist den Färbern zu Köln verboten, an den Sonn- und Aposteltagen, am Tage unserer lieben Frauen und an den vier großen Fasten den Waib zu begießen; doch dürfen die Zunftmeister, besonders für die Aposteltage, Ausnahmen zulassen.

In Schwelbnitz wird den Tuchmachern eingeschärft, an den heiligen Tagen nicht zu arbeiten, am Sonnabend nach der Vesper kein Tuch mehr zu waschen. (Ordnung von 1335.)

In Stegitz darf an Sonn- und Aposteltagen nicht gespult noch ein Fas-

geöffnet werden, am Sonnabend Nachmittags kein Tuch gewaschen werden. Wsche sollte am Sonntag, wenigstens nicht vor dem Essen, gekauft werden. Am Sonntag Abend, wenn man Licht ansteckt, durfte hier eigentümlicherweise das Karten oder Scheren wieder beginnen.

In Frankfurt a. M. war nach der Ordnung vom Jahre 1355 den Gewandmachern die Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten, und wenn gemeinsamer Gottesdienst für sie angelegt war, so wurde der Nichterscheine mit Bezahlung eines halben Viertel Wein bestraft.

Wer in Dänemark an den Sonn- und Feiertagen oder am Sonnabend nach dem Vesperluten oder am Vorabende der heiligen Tage arbeitete oder arbeiten ließ, verfiel in Strafe. Die Bäder bursten (1600*) nicht baden, die Bader die Badestuben nicht helzen, es sei denn, daß die Fürsten des Landes Dänemark es begehrien. Die Barbierer (1496) bursten an jenen Tagen nicht barbiiren und die Wreden nicht aushängen während des Gottesdienstes bei Strafe von 3 Schillingen. Kein Böttcher durfte (1490) an Sonn- und Feiertagen Holz empfangen. Kein Gewandschneider (1413) soll das Gewandhaus und die Kisten ausschließen um Kaufes oder Verkaufes willen, es sei denn, daß man eine Winkel nöthig hätte zu einer Kindtaufe oder Gewand für eine Leiche,“ auch soll Keiner arbeiten nach dem Vesperluten. Kein Krämer (1350) darf an heiligen Abenden seine Waare „weiter auslegen, als sein Fenstergelände reicht;“ an den großen Feiertagen soll Keiner seinen Kram ausschließen. Die Gesellen der Pelzer bursten (1540) an Sonntagen nur arbeiten, wenn der Meister „nöthige Arbeit“ hat und mit der Kellerteute Willen. Die Gesellen der Schneider sollen den Sonntag feiern (1540); dafür wollen die Meister ihnen einen ganzen Montag geben, wenn in die Woche kein Heiligenfest fällt, in letzterem Falle einen halben Montag. Folgt ein Meister dem Amte nicht an, wenn ein Gefelle am Sonntag gearbeitet hat, oder hat er gar selbst gearbeitet, so soll er 3 Schillinge Strafe bezahlen. Kein Schuster darf (1389) an heiligen Tagen arbeiten oder arbeiten lassen, „nur Strippen an die Sittefel darf er machen, wenn es nöthig ist“, kein Leder kaufen, keine Schuhe zum Verkauf aussetzen, auch die Ladenfenster nicht öffnen, „nur den obersten Schlag darf er öffnen, um der Luft willen.“ Den Stell- und Nadelmachern wird (1596) vom Rath auch der bei ihnen eingeriffene Mißbrauch streng verboten, „an Sonn- und Feiertagen die Rechnungen aufzusetzen und damit eine Hasterei zu verbinden.“ (Vgl. Bodemann, die älteren Zunfturkunden der Stadt Dänemark. Hannover 1883.)

In dem Städtchen Dähl in Baden durften (1507) die Bäder an keinem Feiertage baden bei Strafe von 5 Schilling, außer es wäre Mangel an Brod vorhanden und der Schultheiß erlaubt es. Die Metzger sollen an Sonn- und Feiertagen, sobald man zusammenlütet, bis zu Ende der Predigt kein Fleisch hauen und verkaufen bei Strafe von 10 Schilling. Was Einer am Montag (auf dem Wochenmarkt) aushauen und verkaufen will, soll er am Sonnabend, zur Winterszeit Nachmittags 2 Uhr, des Sommers nach gethaner Vesper, stehen, aufhängen und zur Bank bereit halten.

Bei den Goldschmieden in Straßburg ruhte am Sonnabend Mittag die Arbeit, sowie auch an allen Sonn- und Feiertagen. (Meher, D., die Straßburger Goldschmiedezunft. Leipzig 1881. S. 169.)

Auch im Norden Deutschlands hielten die Goldschmiede die Sonntagsruhe streng. In Wismar verbietet die Zunftrolle von 1380 bei einem halben Pfund Wachs das Arbeiten an den heiligen Tagen

*) Die eingeklammerten Zahlen geben das Datum der betreffenden Zunftordnung an.

überhaupt, und das Arbeiten bei Nacht an den Abenden vor solchen und des Sonnabends, ausgenommen, wenn ein Bote die Arbeit abholen wollte, und dieselbe noch fertig werden könnte, doch sollte in bergleichen Fällen der Meister zuvor Erlaubniß von den Kellerteuten einholen und seinen Nachbarn den Umstand kundgeben.

Ganz ähnlich verbietet die ältere Rolle der Goldschmiede zu Hamburg das Arbeiten an den heiligen Tagen ohne Erlaubniß der Kellerteute und zwar bei einer Strafe von 10 Schll. 6 Pfg. (Grull, F. Das Amt der Goldschmiede in Wismar. 1887. S. 21.) Dieselbe Uebung finden wir überall, auch jenseits der deutschen Grenzen.

Die Tuchmachern-Ordnung zu Jglau in Böhmen vom Jahre 1687 bestimmt: An Sonn- und Feiertagen darf nicht gearbeitet und während des Gottesdienstes kein Schenkhaus besucht werden bei Strafe des Raths an Knappen und Meister. (Wärner, R., Geschichte der Jglauer Tuchmachergunft. Leipzig 1861. Seite 88.)

In der Stadt Krakau darf kein Böttcher einem Schankwirth am Feiertage Gefäße ausbessern, ausgenommen, wenn eine bringende Noth dessen wäre, deren der Wirth vor dem Feiertage nicht gewahr wurde und wenn die Ausbesserung ohne Schaden des Wirths nicht verschoben werden kann. (Bucher, B., Die alten Zunft- und Verkehrsordnungen der Stadt Krakau. Wien 1889.)

Die Gesellen ihrerseits verweigerten auch die Sonntagsarbeit, so z. B. die Bäckerknechte zu Straßburg im Jahre 1549; sie verlangten für sich den Sonntag als einen Tag der Ruhe, wie alle anderen Menschen. (Schanz, G. Geschichte der deutschen Gefellenverbände. Leipzig 1876. S. 92.)

Aus diesen Mittheilungen aus zuverlässigen Quellen, welche noch vermehrt werden könnten, ergibt sich unzweifelhaft, daß die Sonntagsruhe viele Jahrhunderte hindurch in viel weiterem Umfange bestand, als sie jetzt durchgeführt werden soll, denn die Feiertage waren viel zahlreicher und auch an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage wurde die Arbeit früher eingestellt als an den Wochentagen. Diese sehr weit ausgeübte Sonntagsruhe hinderte aber keineswegs die Volkswohlfahrt und das Aufblühen der Gewerbe. Die Sonntagsruhe war nicht durch staatliche Gesetze eingeführt, sondern die Zünfte selbst ordneten sie an und überwachten deren Beobachtung.

Nochmals die Organisation des Arbeitsnachweises.*)

Das „Hamburger Echo“ bringt unter dieser Ueberschrift den folgenden Artikel: Unsere im Anschluß an die in Stuttgart geplante Gründung eines städtischen Arbeitsnachweises gemachten Ausführungen haben dem „Korrespondenzbl. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Veranlassung gegeben, ebenfalls zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Einwendungen, die dabei gegen unsere Ausführungen erhoben werden, lassen eine nochmalige Erörterung nothwendig erscheinen.

Der Artikel des „Korrespondenzblatt“ geht von vornherein von einer falschen Annahme aus, wenn er den Nachweis führen will, „daß auch auf diesem Gebiete (dem Arbeitsnachweise) die friedlichen Vereinbarungen und die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit eine Illusion sind“. Um das, unseren Ausführungen gegenüber, beweisen zu wollen, müßten wir doch wohl das Gegentheil behauptet haben. Das ist aber keineswegs der Fall. Wenn, wie wir empfohlen haben, der Arbeitsnachweis zu

*) Vergleiche Nr. 39 der „Metallarbeiter-Zeitung“.

einer öffentlichen Institution gemacht wird, so ist das weder eine friedliche Vereinbarung, noch setzt es die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit voraus. Ein solcher, den Charakter einer öffentlichen Institution tragender Arbeitsnachweis würde nicht zu vergleichen sein mit einem für eine einzelne Branche auf Grund gegenseitiger Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmern geschaffenen Arbeitsnachweis. Er würde für alle Berufe gleichmäßig gelten müssen, wodurch die gegenseitigen Interessen der einzelnen Berufe von selbst in der Frage der Arbeitsvermittlung zurückereten würden.

Es fragt sich dabei nur, ob die öffentliche Meinung bezw. der Einfluß der Arbeiter auf die Gemeindebehörden genügendes Gewicht haben, um die Konstitution des Arbeitsnachweises als öffentliche Einrichtung durchzusetzen und die sich dagegen geltend machenden gegentheiligen Interessen der Arbeiter und Unternehmer zu überwiegen.

Das „Korrespondenzblatt“ muß anerkennen, daß die von uns angeführten Thatsachen der Benachtheiligung der von den Arbeitern geführten Nachweise in schlechten Zeiten richtig sind, daß in den ungünstigen Geschäftsperioden die Arbeitsnachweise der Unternehmer diejenigen der Arbeiter fast illusorisch machen. Es meint aber, der Fehler liege nicht darin, „daß das System, die Arbeitsvermittlung durch die Arbeiter besorgen zu lassen, nicht richtig sei, sondern darin, daß die Organisation der Arbeiter eine äußerst mangelhafte ist.“

Gewiß kommt auch auf diesem Gebiete der Interessentkampf zwischen Unternehmer und Arbeiter zum Ausdruck, wie wir selbst dargelegt haben an der Hand der Thatsache, daß in ungünstigen Geschäftsperioden die Unternehmer ihren Arbeitsnachweis kennegen, mißliebige Arbeiter zu maßregeln. Aber diese Thatsache genügt nicht, wie das „Korrespondenzblatt“ merkwürdiger Weise annimmt, „um zu zeigen, daß es nicht denkbar ist, die Arbeitsvermittlung zu einer neutralen Zone zu machen“. Wenn das „Korrespondenzblatt“ dann aber gar fortfährt: „Es widerspricht diese Ansicht auch den Lehren der Sozialdemokratie, die dahin gehen, daß es eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht gibt“, so glauben wir für uns in Anspruch nehmen zu können, auch zu wissen, was den Lehren der Sozialdemokratie entspricht. Wir sind aber nicht kurzschichtig und einseitig genug, gleich dort eine Vermischung des Klassengegensatzes zu fürchten, wo irgend eine Einrichtung getroffen werden soll, die in bestimmter Umgrenzung die beiderseitigen Interessen zum Ausgleich zu bringen sucht.

Es ist absolut falsch, wenn man den Arbeitsnachweis, wie es das „Korrespondenzblatt“ thut, hinzustellen sucht als eine Institution, die „darüber zu wachen hat, daß seitens der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie von der betreffenden Berufsorganisation festgesetzt sind, innegehalten werden“. Das ist nicht Sache des Arbeitsnachweises, sondern der Organisation, die allenfalls den Arbeitsnachweis als Mittel dazu benutzen könnte, wenn — sie ihn in so ausgiebiger Weise beherrscht, was, wie das „Korrespondenzblatt“ zugeben muß, fast nirgends der Fall ist. Wenn man die Sache von dieser Seite ansieht, dann ist es freilich richtig, daß die Unternehmer „grade in dem Punkte berührt werden, der ihnen am unangenehmsten ist“.

Der Arbeitsnachweis ist aber keineswegs ein absolut notwendiges Instrument, um Errungenschaften der Berufsorganisationen zu wahren. Wenn die Organisationen die Kraft nicht in sich selbst haben, wird der Arbeitsnachweis, selbst wenn er in ihren Händen ist,

wirkungslos werden. Haben sie die Kraft, dann kann aber sehr wohl, ohne den Arbeitsnachweis dazu zu benutzen, das Erzwungene vertheidigt werden.

Nach dem „Korrespondenzblatt“ sind die Versuche, die Arbeitsvermittlung mit den Unternehmern zusammen zu besorgen, stets daran gescheitert, „daß das deutsche Unternehmertum sich noch nicht zu der Höhe der Auffassung hat aufschwingen können, in der Organisation oder deren Vertretern einen gleichberechtigten Faktor bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages und der Vermittlung der Arbeit zu sehen“. Daran anschließend bemerkt der Verfasser des Artikels selbst: „Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind mit wenigen Ausnahmen zu schwach, um sich diese Anerkennung, gleichberechtigte Faktoren zu sein, zu erzwingen.“ Das Beste ist durchaus richtig. Aber daraus folgt keineswegs mit zwingender Logik, daß, so lange die Anerkennung nicht erzwungen ist, „es auch nicht gelingen wird, Einrichtungen zu schaffen, die von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verwaltet und kontrolliert werden“, und daß „die Arbeitsvermittlung also nach der gegenwärtigen Lage der Sache nicht zu einem neutralen Gebiet werden wird, auf dem die Interessen beider in Frage kommenden Faktoren gewahrt werden können“.

Leider ist es eine Tatsache, daß die deutschen Unternehmer sich noch nicht gewöhnt haben, im Arbeiter bezw. in seinen Berufsorganisation den gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, und leider sind die Organisationen zu schwach, sich die Anerkennung zu erzwingen. Da sollte man aber doch erst recht jede Einrichtung, welche die Möglichkeit bietet, die Unternehmer an diese Gleichberechtigung zu gewöhnen, mit Freuden willkommen heißen. Und der Arbeitsnachweis, wenn man ihn nicht zu Zwecken benutzen will, die seiner Natur fern liegen, ist eine solche Einrichtung, genau wie das Gewerbegericht. Im Arbeitsnachweis werden nicht die Arbeitsbedingungen festgesetzt, sondern das Bedürfnis nach Beschäftigung auf der einen Seite und das Bedürfnis nach Arbeitskräften auf der anderen begegnen sich in ihm. Diese beiden Bedürfnisse in der rationellsten Weise zum Ausgleich zu bringen, ist der Zweck des Arbeitsnachweises. Die Form desselben, die diesem Zwecke am besten dient, ist darum die beste. Und wenn beide Seiten sich über diesen Zweck einig sind, so ist eine Verständigung über die Form wohl möglich, ohne daß die Interessen der einen oder anderen Seite verletzt werden.

So bald aber andere Zwecke mit dem Arbeitsnachweis verknüpft werden, müssen auch selbstverständlich andere Interessen und Bedürfnisse in Frage kommen und zwar dann gegensätzliche. Wenn man selbst den Arbeitsnachweis als Kampfmittel benutzen will, dann hat man kein Recht mehr, den Unternehmern aus demselben Vorhaben einen Vorwurf zu machen. Daß Bestere dabei meist in der günstigsten Position sind, zumal in schlechten Zeiten, haben wir bereits im vorliegenden Artikel dargelegt und das „Korrespondenzblatt“ hat diese Tatsache ausbrüchlich als richtig anerkannt. Gerade das Ausschneiden der gegensätzlichen Interessen beim Arbeitsnachweis, seine Reduzierung auf die Aufgabe, das Bedürfnis nach Beschäftigung, resp. nach Arbeitskräften zu befriedigen, bietet allein die Möglichkeit, aus den trostlosen Zuständen, wie sie heute bei der Arbeitsvermittlung herrschen, herauszukommen.

Das „Korrespondenzblatt“ meint weiter, unsere Auffassung — daß man gerade in Folge der Tatsache, daß der Arbeitsnachweis den Bankapfel zwischen Arbeitern und Unternehmern abgegeben habe, bisher der Frage der Erhebung des Arbeitsnachweises zu einer öffentlichen In-

stitution in Deutschland nur wenig näher getreten sei — sei irrtümlich. Die Ablehnung sei erfolgt, „weil die Behörden in den einzelnen Orten, ebenso wie die Behörden des Reiches, fast grundsätzlich sich gegenüber Allem, was zur Erleichterung der Lage der Arbeiter geschehen kann und ihre Positionen zu stärken geeignet ist, ablehnend verhalten“. Tatsächlich wird dadurch bekräftigt, was bestritten werden soll. Weil der Arbeitsnachweis auf beiden Seiten als Kampfmittel, das Jeder von Weitem in Händen haben wollte — also wohl als „Bankapfel“ — angesehen wurde, leisteten die Behörden, die sich ja bis heute fast ausnahmslos unter dem Einfluß des Unternehmertums befinden, Widerstand. Und sie werden ihn ferner leisten, so lange nicht der Arbeitsnachweis seines Charakters eines wirtschaftlichen Kampfmittels entkleidet ist, den er auch nicht dadurch verlieren würde, wenn er zu einer „mit öffentlichen Mitteln zu unterstützenden Institution“, deren Handhabung allein in den Händen der Arbeiter läge, gemacht würde, wie das „Korrespondenzblatt“ verlangt. Das in den Gemeindebehörden dominierende Unternehmertum würde sich dagegen ganz gewaltig auflehnen und ehe der durch die Organisation ausgeübte Einfluß auf jene Körperschaften so groß würde, diesen Widerstand zu überwinden, würde noch sehr viel Wasser die Elbe hinabfließen.

Eine gar merkwürdige Verwechslung von Ursache und Wirkung aber passiert dem „Korrespondenzblatt“ in folgendem Satz: „Wir halten den zitierten Satz des „Hamb. Echo“ nicht für richtig, weil er zu dem Gedanken Veranlassung gibt, als hätten die städtischen Behörden in Deutschland nur aus Rücksicht auf den Bank, der zwischen den Arbeitern und Unternehmern wegen der Arbeitsvermittlung vorhanden ist, von einer kommunalen Regelung des Arbeitsnachweises Abstand genommen. Nein, nur das nachste Klasseninteresse läßt die Vertreter in den Kommunen von einer solchen Regelung Abstand nehmen und nicht etwaige Besorgnis, daß der Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört werden könne.“

Daß die gemeinsame Verwaltung des Arbeitsnachweises die „Besorgnis“ einer Friedensstörung hervorrufen könne, haben wir nirgendwo gesagt. Wenn man den vorhandenen Bank darüber konstatiert bezw. zugibt, so ist das doch etwas ganz Anderes wie Besorgnis vor kommen dem Bank.

Sicherlich würde die Regelung des Arbeitsnachweises durch die Gemeinden bald zu einer Arbeitslosenstatistik führen. Aber daß das ein besonderer Grund für die Gemeinden sein soll, sich dieser Regelung zu widersetzen, wie das „Korrespondenzblatt“ annimmt, erscheint uns durchaus unzutreffend. Im Gegenteil. Die Notwendigkeit einer authentischen Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit drängt sich so wie so immer schärfer auf, so daß man dieses Mittel zur Feststellung vielleicht gar nicht ungern ergreifen würde in der Hoffnung, daß die behauptete Ausdehnung der Arbeitslosigkeit sich nicht so groß erweisen werde. Deren Vorhandensein leugnen zu wollen, wäre ja heute Thorheit. Was die Späßen von den Dächern pfeifen, das leugnet man nicht mehr.

Das „Korrespondenzblatt“ zitiert dann den Schlusssatz unseres Artikels in Nr. 220 des „Echo“, welcher lautete:

„Daß die Unternehmer den Arbeitern den Arbeitsnachweis allein überlassen, daran ist heute nicht zu denken. Und man kann es auch nicht einmal als absolut berechtigtes Verlangen anerkennen, denn es darf nicht vergessen werden, daß, so lange die Zweiteilung zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht, Erstere an der Regelung des Nachweises gleich-

falls berechtigtes Interesse haben. Es bleibt also nur die gemeinsame Verwaltung. Wie bei der Entschreibung der Streitigkeiten, so glauben wir, daß auch hier sich erfolgreicher mit der beiderseitigen gleichberechtigten Teilnahme operieren läßt.“

Wir geben den Absatz hier noch einmal wörtlich wieder, um den Lesern die Möglichkeit zu geben, selbst zu beurteilen, ob derselbe berechtigten Anlaß zu der folgenden hässlichen Bemerkung gegeben. Der Artikel im „Korrespondenzblatt“ fährt nämlich unmittelbar darauf fort: „Diese Schlusssätze enthalten einen Appell an die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie wir ihn in dem als bestes deutsches Parteiblatt geltenden „Hamb. Echo“ nicht zu finden erwarteten. Daß beide Faktoren ein Interesse an der Arbeitsvermittlung haben, ist selbstverständlich, aber dieses Interesse ist unter keinen Umständen ein gemeinsames, sondern sich strikte gegenüberstehendes. Es ist hier zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieselbe Differenz, wie bei Festsetzung des Arbeitsvertrages. Jeder Theil wird für sich die größtmöglichen Vortheile zu erhalten suchen. In der Arbeitsvermittlung kommt schließlich genau dasselbe zum Ausdruck.“

Wo in dem oben wiedergegebenen Satze aus unserem früheren Artikel der „Appell an die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit“ liegt, dessen ein Parteiblatt sich zu schämen hätte, das bleibt uns durchaus unerfindlich. Durch solche Nebenarten läßt sich doch nur ein völlig Urtheilsloser täuschen. Thatsachen, die völlig klar vor Aller Augen liegen, schafft man damit nicht aus der Welt. Und lediglich Thatsachen sind in dem Absatz — abgesehen von dem Schlusssatz — konstatiert, und zum Ueberflus gibt das „Korrespondenzblatt“ in seinen vorstehend zitierten Bemerkungen selbst zu, daß beide Faktoren ein Interesse an der Arbeitsvermittlung haben. Dasselbe soll nur „unter keinen Umständen ein gemeinsames“ sein. Wie wir oben bereits auseinandergesetzt, besteht ein zwar nicht gemeinsames, aber sich gegenseitig ergänzendes Interesse auf beiden Seiten: der Bedarf an Arbeitern und das Bedürfnis nach Beschäftigung. Abgesehen von der Nebenbeschäftigung mit der Statistik ist dieses eine Interesse das einzige, dem der Arbeitsnachweis dienen kann, wenn er nicht von der einen oder anderen Seite soll mißbraucht werden können. Wenn wir diese Thatsache konstatieren, so sind wir darum noch keine Harmonieapostel, die von Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit träumen und wir müssen uns solche Insinuation ganz entschieden verbitten. In den Augen Urtheilsfähiger richtet sich solches Verfahren freilich von selbst.

Das „Korrespondenzblatt“ sagt die Frage einer rationellen Organisation der Arbeitsvermittlung durchaus falsch und einseitig auf, wenn es erklärt, die Organisation der Arbeitsvermittlung als ein Ziel der städtischen Verwaltung unter Beihilfe der Arbeiter und Unternehmer habe „für die Arbeiter nur insofern Interesse, als dadurch die Ausbeutung der Arbeiter durch private Stellenvermittlungsbureaus eingeschränkt wird.“ Nicht der letztere Vortheil allein wäre vorhanden, sondern ein viel wichtigerer: Daß nämlich die heute dominierenden Nachweise der Unternehmer nicht mehr die „mißliebigen“ Arbeiter schutzriegeln könnten. Was das „Korrespondenzblatt“ als Mangel ansieht, daß „die Beamten, welche dann die Arbeitsvermittlung zu besorgen haben, nach Lage der Sache weder dem Einen noch dem Anderen Vortheile zu bieten vermöchten“, ist gerade der bedeutendste Vortheil; er garantiert die volle Un-

parteilichkeit in der Handhabung des Arbeitsnachweises.

Das „Korrespondenzblatt“ will an Stelle dessen die Arbeitsvermittlung „auf Kosten der Gemeinden ausschließen“ durch die Berufsorganisation der Arbeiter besorgt haben.“ Wir möchten uns da eine Frage erlauben. Was würde der Verfasser des Artikels im „Korrespondenzblatt“ wohl sagen, wenn eine Gemeinde auf Gemeindeunkosten einen Arbeitsnachweis errichtete und ihn den Unternehmern allein zur Verwaltung überließerte?

Trotzdem durch die bisherigen Erfahrungen erwiesen ist, daß die Arbeitsvermittlung unter einseitiger Leitung — wobei der Arbeitsnachweis ganz natürlich zum Kampfmittel und dadurch zum Gegenstand des Kampfes wird — nicht die gewünschten Resultate erzielt hat, glaubt das „Korrespondenzblatt“ an dieser Form entschieden festhalten zu müssen. Das ist unseres Erachtens durchaus verkehrt. Wenn die Berufsorganisation der Arbeiter den Nachweis in Händen hat, so kann sie ihn selbstverständlich dazu benutzen, „zu kontrollieren, welche Arbeitssuchenden der Organisation nicht angehören“ und „die Säumnigen zur Organisation heranzuziehen“. Zweifelhafter freilich ist schon die Möglichkeit, durch den Arbeitsnachweis „die Arbeitgeber anzuhalten, die festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten“. Das Alles sind jedoch nur Wünsche.

Wo ist heute die Berufsorganisation, die über einen solchen Arbeitsnachweis einigermaßen umfassend verfügt? Einzelne Ausnahmen mag es geben; für die Masse der Arbeiter fehlt die Möglichkeit. Und wegen erträumter Herrlichkeit die Möglichkeit einer ganz bedeutsamen Besserung von der Hand weisen, wäre doch die größte Thorheit. Wenn die Arbeiter solche Arbeitsnachweise hätten, wie sie das „Korrespondenzblatt“ wünscht, dann wären sie freilich Thoren, wenn sie dieselben gegen ein Institut, wie das in Stuttgart geplante, umtauschen würden. Aber sie haben sie leider nicht.

Die Frage ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn, wie das „Korrespondenzblatt“ selbst hervorhebt, die Gemeinden für die Gründung von städtischen Arbeitsnachweisen mit gemeinschaftlicher Verwaltung schon schwer zu haben sind, so werden sie erst recht nicht solche aus städtischen Mitteln schaffen und sie den Arbeitern allein und ausschließlich überantworten.

Die Arbeitsnachweise zu einem Kampfmittel für die Arbeiter und deren Organisation zu machen, ist heute mehr als je eine Illusion. Wohl aber haben die Unternehmer es verstanden, den Arbeitsnachweis in dieser Eigenschaft in der allerniederträchtigsten Weise auszunutzen. Will man diesen Boden nicht verlassen, so werden heute und vielleicht noch lange die Arbeiter den Kürzeren dabei stehen.

Wird dagegen eine städtische Organisation des Arbeitsnachweises unter beiderseitiger Aufsicht geschaffen, so werden dadurch die Arbeiter vor der Boykottierung seitens der Unternehmernachweise bewahrt und überhaupt eine rationellere Regelung der Arbeitsvermittlung wird möglich. Das sind Vortheile, die nicht zu verachten sind. Die Stärkung der Organisation und die Aufrechterhaltung der festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen nun dann wohl oder übel auf anderem Wege erzielt werden und kann mit anderen Mitteln erreicht werden. Das auf dem Wege des Arbeitsnachweises zu erreichen, ist bisher doch nichts als ein frommer Wunsch gewesen, weil die vorhandenen Arbeitsnachweise der Arbeiter meist nur einen ganz geringen Einfluß auf die Gesamt-Arbeitsvermittlung hatten. Die starke Organisation kann den Arbeitsnachweis als Kampf-

mittel entbehren, wenn die Arbeitsvermittlung anderweitig praktisch organisiert ist. Durch den Arbeitsnachweis — aber, wie die Sachen heute einmal liegen, als einseitiges Institut der Arbeiter keine Aussicht hat, ein umfassender zu werden — die Organisation besonders stärken zu wollen, ist eine Täuschung.

So lange nichts Besseres geboten wird, als das heute Vorhandene, werden die Arbeiterorganisationen, soweit sie im Besitze von Arbeitsnachweisen sind, diese selbstverständlich festhalten. Gelingt es aber, den Arbeitsnachweis zu einer öffentlichen Institution im geschätzten Sinne zu machen, so brauchen die Arbeiter ihren Nachweisen, die — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — aus den früher angeführten Gründen meist ziemlich wirkungslos blieben, keine so bitteren Thränen nachzuweinen.

Das Prinzip, daß der Arbeiter allein über den Verkauf seiner Arbeitskraft zu bestimmen haben soll — denn heute ist es leider in den meisten Fällen anders — wird dadurch durchaus nicht alteriert. Die Bedingungen, unter welchen dieser Verkauf erfolgt, festzusetzen, ist nicht Sache des Arbeitsnachweises, sondern Sache der Organisationen, soweit diese sich einen Einfluß darauf überhaupt gesichert haben — und zwar außerhalb des Arbeitsnachweises. Wo dieser Einfluß fehlt, wird ihn der Arbeitsnachweis auch nicht schaffen können; ist er vorhanden, so kommt er auch in einem unparteiischen Arbeitsnachweis zur Geltung.

Die Befürchtung, daß „bei der ersten Arbeitszeinstellung der gemeinsame Arbeitsnachweis zusammenbrechen würde“, theilen wir nicht. Auch heute müssen die organisierten Arbeiter bei Arbeitszeinstellungen sich nicht nur ohne das Kampfmittel des Arbeitsnachweises behelfen, sondern sich auch noch mit der gegenwärtigen Wirksamkeit der Unternehmer-Nachweise abfinden, welche sich die Heranschleppung von Streikbrechern in solcher Zeit zur Hauptaufgabe machen. Das würde bei einem städtischen Nachweise in Wegfall kommen. Da ein solcher auch nicht nur für eine Branche, sondern für alle gemeinsam wäre, so würde seine Funktion durch einen Streik nur wenig gestört werden. Wenn die kämpfenden Arbeiter heute in der Lage sind, die übrigen Arbeiter abzuhalten, Streikbrecher zu werden, wo die Arbeitsvermittlung eine so zersplitterte ist, da wird es erst recht möglich sein, sie bei städtischer Zentralfaktion des Arbeitsnachweises rechtzeitig aufzuklären. Und wenn sich keine Arbeiter der kämpfenden Branche melden, dann werden die Unternehmer keine bekommen. Auch diese Befürchtung ist also durchaus unberechtigt.

Die Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitage.

Der 6. Punkt der Tagesordnung des sozialdemokratischen Parteitages in Köln war: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen.

Auer und Genossen beantragten zu dieser Frage folgende Resolution:

In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Klotz-Grillenberger wie in der Resolution Blode und Genossen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, durch Anschluß an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat; in weiterer Erwägung, daß seit jener Zeit kein Ereignis eingetreten ist, das eine Aenderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller oder tatsächlicher Richtung notwendig erscheinen läßt; in fernerer Erwägung, daß die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen rückhaltlos ausgesprochen ist, wiederholt der Parteitag den Ausdruck

seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen den Neuen die Pflicht auf, unermüdet für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.

Auer beantragte: Wenngleich sich auf dem Parteitag kein einziger Genosse befindet, welcher nicht von der hohen Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterfrage durchdrungen ist, so weisen doch Beobachtungen zahlreicher Delegirter darauf hin, daß selbst in Kreisen vorgeschrittener Parteigenossen die Antheilnahme an der Gewerkschaftsbewegung nicht genügend reger ist. Veranlassung zu dieser Bästigkeit sind einmal die vielfach unglücklichen Erfahrungen der letzten Jahre in den Kämpfen um die Arbeitsbedingungen, andererseits die noch in manchen Köpfen herrschende irrige Meinung, daß das mächtige Anwachsen der politischen Partei die Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen überflüssig mache.

Der Parteitag spricht deshalb seine Anschauungen ausdrücklich folgendermaßen aus: Die Gewerkschaften haben die doppelte Aufgabe:

- 1. Die geschlossenen Reihen zu bilden, welche sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach Kräften entgegenstemmen und um welche sich zu Zeiten des Nachlassens der Kräfte die Massen scharen behufs Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Jeder Erfolg hierbei bedeutet aber einen Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung, indem sie den Arbeitern Mittel und Zeit zur Beschäftigung mit den sozialdemokratischen Lehren schafft.
- 2. Die indifferenten Arbeitermassen heranzuziehen, das Solidaritätsgefühl zu wecken und Aufklärung über die allgemeine Lage im Anschluß an die im engsten Kreise fühlbare Lage zu verbreiten. Damit hierbei nicht die von vielen Seiten befechtete Verflüchtigung der Bewegung eintritt, ist es nötig, daß gerade die vorgeschrittensten Parteigenossen allerorts sich an der Arbeit betheiligen.

Der Parteitag erklärt deshalb: Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern, einer der in seinem Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören.

Ueber die Verhandlungen liegt folgender Bericht vor:

Berichterstatter Regien: Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation beschäftigt den deutschen Parteitag bereits zum dritten Mal. Diese Beschäftigung ist kein Nachtheil. Ich halte es für wünschenswert, wenn jedem Kongreß neben dem Bericht über die politische, auch ein Bericht über die gewerkschaftliche Entwicklung vorgelegt würde. Beide Bewegungen halte ich für beinahe gleich wichtig. Auch im Geschäftsbericht des Vorstandes ist dieses Mal die Gewerkschaftsbewegung behandelt. Doch stehen sich einige Irrthümer darin. Redner verliest eine im Bericht, wie er sagt, dem Sinne nach nicht richtig wiedergegebene Stelle im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“. Im „Korrespondenzblatt“ wies er den Vorwurf gegen die Führer, sie ständen der Gewerkschaftsbewegung feindlich gegenüber, zurück. Im Bericht aber werde das Gegentheil gesagt. Man sollte, meint Redner, lieber nichts zitieren, oder doch wenigstens wörtlich zitieren. Vom „Korrespondenzblatt“ seien keine Vorwürfe gegen die Führer der Partei erhoben worden. Die Parteipresse bringe jetzt der Anregung des „Korrespondenzblattes“ zum Theil sehr gute Artikel über die Gewerkschaftsbewegung. Mit diesem Erfolge könne man ganz zufrieden sein, aber er genüge doch nicht. Die Meinung, daß die Partei der Gewerkschaftsbewegung nicht sympathisch gegenüberstehe, sei durchaus nicht neu. Wedel habe in Paris gesagt, daß man gefunden habe, daß die bürgerliche Gesellschaft doch noch verhältnismäßig fest sei, und daß es deshalb notwendig sei, die Arbeiter für die Gegenwart gewerkschaftlich zu organisieren. Mitte der 80er Jahre hätten verschiedene Genossen in Hamburg ihm gegenüber erklärt, daß Wedel ein entschiedener Gegner der Gewerkschaften sei. Die Wehe!sche Aenderung in Paris habe ihn aber vom Gegentheil überzeugt. Wir geben uns alle Mühe, die Arbeiter in die Gewerkschaften zu ziehen, und sie dort gleichzeitig zu thätigen Parteigenossen zu erziehen. Nicht diejenigen Genossen sind die besten, die in ärztlichen Verhältnissen leben, sondern umgekehrt. Darin sind wir einig. Gelingt es der Gewerkschaftsbewegung, die wirtschaftliche Lage selbst nur einzelner Arbeiterschichten zu bessern, so ist das schon ein Vortheil. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorhölle der politischen. Sie zeigt dem ungeschulten Arbeiter, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht besteht. Die indifferenten Arbeiterschichten werden aufgeklärt. Die gewerkschaftliche Organisation erzieht den Arbeiter beständig zu einem

Charakterfesten, opfertreuen Genossen. Es ist nicht schwierig, alle fünf Jahre einen Stimmzettel in den Taschen zu stecken, einem Wahlzettel beizutreten und Beiträge zu leisten; aber es ist schwer, die materiellen Opfer zu leisten, die die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern verlangen, die Einziehung der ganzen Existenz, der ganzen Person für die Gesamtheit, wie sie beim Lohnkampf nötig wird. So hohe Anforderungen stellt die politische Organisation niemals an ihre Angehörigen. (Widerspruch.) Ausnahmen gebe ich zu. Die uns bevorstehenden Kämpfe werden größer und gewaltiger werden als diejenigen, die wir bestanden haben. Und im letzten Entscheidungskampfe werden wir heute brauchen, die bereit sind, ihre Person in die Schanze zu schlagen. Deshalb müssen wir Alles thun, uns solche Leute zu erziehen, wollen wir den Emanzipationskampf der Arbeit durchführen. Deshalb fordern wir die Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation in jeder Hinsicht durch die Parteigenossen und die Parteipresse. Stets ist die Gewerkschaftsorganisation von uns nur als Parastatmittel bezeichnet worden. Wir übersehen sie nicht, aber wir wollen sie gefördert sehen. Thut die Parteipresse nun wirklich Alles in dieser Hinsicht? Redner verliest einige Zitate aus der Parteipresse, aus denen seiner Meinung nach hervorgeht, daß dies nicht immer der Fall gewesen sei. Der „Vorwärts“ habe den Halberstädter Kongreß einen Froschmäuserieg genannt. Der Chemnitzer „Beobachter“ habe den Buchdruckerstreik und seinen Mißerfolg als Beweis bezeichnet, daß der wirtschaftliche Kampf nicht nahe, bevor nicht die Arbeiter sich politische Rechte errungen hätten. Der „Vorwärts“ habe von dem welchen Schriftthausen der Gewerkschaftsbücherei gesprochen; damit möge man der Gewerkschaftsorganisation nicht gerade. Im „Volkblatt für Leitow-Bezirk“ habe gestanden, der ökonomische Kampf sei für die Endziele der Bewegung bedeutungslos. Derartige Ausführungen sind nicht geeignet, der Gewerkschaftsorganisation zu nützen. Dagegen müssen wir protestieren. In der Generalkommission konzentriert sich die gewerkschaftliche Organisation; ihre Pflicht sei es, derartige Angriffe zurückzuweisen. Genosse Auer, der im Parteivorstand der Punkt sei, um den sich Alles dreht (Hellerkeit) habe persönlich und als Privatperson über die Bildung der Generalkommission ihm (Redner) geschrieben, daß die Generalkommission auf die Dauer schon aus finanziellen Rücksichten nicht neben dem Parteivorstand werden bestehen können. In einem weiteren Briefe habe Auer an ihn auf den Artikel der Nr. 19 des „Korrespondenzblattes“ hin Folgendes geschrieben: „Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Theil, aber immer nur als ein Theil der organisierten, klassenbewußten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden — etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Theil derselben ist — macht sich seit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisierende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche jetzt in der Generalkommission ihren Ausgang- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt und wenn sie größeren Anklang fänden, geradezu für verhängnisvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung. Ich fürchte nun zwar nicht, daß die Erfahrungen seit Halberstadt bestätigen, daß Ihrer und Ihrer Freunde Separationsbestrebungen irgend welchen Erfolg haben werden. Die Zahl der alten Genossen, welche die Partei und Gewerkschaften unter den schwierigsten Verhältnissen in treuer Waffenbrüderchaft Schulter an Schulter haben kämpfen sehen und selbst mitkämpften, ist eben doch zu groß, als daß Ihre aus den Regeln gezogenen Behauptungen über die angelegliche Vernachlässigung der Gewerkschaften irtenthümlich ergriffen zu werden brauchen. Es mag ja für die Väter der Generalkommission sehr ärgerlich sein, daß der Einfluß dieser Körperkraft ein so beschwöner geblieben ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Sowjers und Konforten blüht. ... Auch am „Korrespondenzblatt“ scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es denn sein muß, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden (große Hellerkeit des Parteitages), hoffentlich sehr Ihr aber noch zur rechten Zeit ein, daß es Besseres zu thun gibt, als sich gegenseitig zu reiben.“

Ich antwortete darauf Folgendes: „Beider bin ich nicht in der Lage auf Ihre Auseinandersetzung Ihnen antworten zu können, weil ich gewohnt bin, mit meinen Parteigenossen so höflich zu verkehren, als der geringe Bildungsgrad, den ich mir als Arbeiter aneignen vermochte, es mir gestattet. (Unruhe.) Sie scheinen jede Meinungsäußerung, die nicht mit Ihrer Meinung überein-

stimmt, für ein Vergehen zu halten. Hoffentlich werden Sie es aber nicht für ein Vergehen halten, daß ich mich der stillen Hoffnung hingebe, daß eine Zeit kommen wird, wo nicht nur die auserlesenen Führer der Partei, sondern auch die weniger qualifizierten Genossen ihre Meinung äußern dürfen.“ Zitirte er mir da zu verdenken, wenn ich sage: Es ist ein sehr schwerer Vorwurf, der gegen uns unbegründet von Auer erhoben wurde. Das trägt nicht zur Verständigung bei. Auer steht der Gewerkschaftsorganisation nicht so sympathisch gegenüber, wie es sein sollte, das beweisen diese seine Aeußerungen zum Mindesten. Wir wünschen, daß die hervorragenden Genossen sich, soweit es ihnen möglich ist, den Gewerkschaftsorganisationen anschließen. Es wird ja gesagt, unsere leitenden Kreise gehören der Organisation gar nicht an. Ferner wünschen wir, daß die Frage der Gewerkschaften von der Presse eingehender behandelt wird, arbeitet doch auch die Fachpresse ununterbrochen für die politischen Prinzipien.

Genosse Auer hat eine Resolution eingebracht, die vollkommen dem entspricht, was die Gewerkschaften wünschen.

Durch die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation kann der Partei kein Schaden erwachsen. In Deutschland fehlt jede Möglichkeit, daß die Gewerkschaften in Gegensatz zur politischen Bewegung gerathen. Dafür bürgen auch die Führer, die ihre Schuldigkeit stets auch in politischer Hinsicht gethan haben und thun werden. Redner bittet, die Resolution Auer zum Nutzen der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen anzunehmen.

Korreferent Auer: Wenn die Generalkommission nicht die Bedeutung erlangt hat, die die Gründer gewünscht haben, und die vielleicht auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen hätte, so ist Genosse Regien der sprechende Beweis dafür gewesen, woran es gelegen hat. Genosse Regien hat sich als das geistige Haupt der Generalkommission hingestellt, das ist richtig. Wenn man sich aber von so kleinlichen Gesichtspunkten leiten läßt, wenn man Klatsch aus Privatbriefen verleiht, die erst geschrieben wurden, als der Krach im Gange war, wenn man jeden höheren Gesichtspunkt außer Acht läßt, dann ist es, von der wirtschaftlichen Lage abgesehen, kein Wunder, wenn die Gewerkschaftsbewegung nicht Fortschritte macht. Jede Zeile des Briefes, den ich an Regien gerichtet habe, halte ich aufrecht. Ich bringe Regien als Beweis, daß ich der Gewerkschaftsbewegung nicht sympathisch gegenüberstehe. Aber Genosse Regien sind Sie denn die ganze Gewerkschaftsbewegung? Alles beurtheilt er kleinlich, überall muß er um die Ecke sehen. So hat er entdeckt, daß die Zentralfonne der deutschen Sozialdemokratie sei. Es ist sehr charakteristisch, daß Regien überall das persönliche Moment in den Vordergrund gestellt hat. Dieses persönliche Moment beherrscht und schädigt ja auch die ganze Gewerkschaftsbewegung. Die einen sagen: mir gefällt die Nase des alten Graubarts nicht, und der alte Graubart sagt wieder: mir ist der eine zu dünn. Aber während überall nur persönliche Meinungen entscheidend sind, sucht man mit allem Eifer nach prinzipiellen Gründen, um den rein persönlichen Gegensatz damit zu verdecken. Namen werden für die verschiedenen Organisationsformen erfunden, die ich mir gar nicht alle merken kann. Da gibt es Zentralorganisationen, Lokalorganisationen, lokale Organisationen mit loser Zentralfaktion, mit Vertrauensmännern und dann stellen sich die Veranstalter des Vorwärts als die gefährlichen Leberwürste (Stürmische Hellerkeit) hin und sagen, die Partei ist Schuld daran, wenn es mit der Organisation nicht vorwärts geht. Wo sind die Beweise dafür, frage ich? Es gab eine Zeit, wo eine zielbewusste Gegenagitation in der Sozialdemokratie gegen die Gewerkschaftsorganisation bestand. Das war in den Zeiten der Blüthe der Lassalle'schen Richtung. 1872 beschloß die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, daß so bald wie möglich, alle innerhalb unserer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zugeführt werden. Noch schärfer lautete der Beschluß von 1874. Damals konnte von einer zielbewussten Gegnerschaft die Rede sein. Die Pflicht, die jetzt ausgesprochen werden soll, daß jeder Parteigenosse sich der Gewerkschaftsorganisation in seinem Verufe anschließen habe, hat im gewissen Sinne, trotzdem sie das Entgegengesetzte will, etwas Gemeinsames mit diesen Beschlüssen, denn trotz dieser Beschlüsse war das Bedürfnis nach einer gewerkschaftlichen Organisation auch bei den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins so stark, daß die Beschlüsse rein auf dem Papier stehen blieben. Beschlüssen wir das Entgegengesetzte, der Erfolg wäre heute derselbe wie damals. Doch auch schon damals in der Zeit der Blüthe des Lassalle'skismus gab es eine andere Richtung innerhalb der deutschen Arbeiter-

Bewegung, die eine andere Auffassung über die Rolle hatte, die die Gewerkschaftsbewegung zu spielen berufen sei und die auch bereits mit voller Klarheit die Grenzlinien zwischen ihren Aufgaben und denen der politischen Partei zu ziehen wußte. Es war auf dem Kongress der Holzarbeiter Deutschlands, der im Jahre 1878 in Nürnberg abgehalten wurde, wo Jirfas-Maing in einem Vortrage über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung Folgendes sagte: Es ist nicht, alles Heil der Arbeiter allein von den Erfolgen, die durch die Gewerkschaften und Gewerksvereine errungen werden können, zu erwarten, wie es umgekehrt thöricht wäre, deshalb, weil die Gewerksvereine zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nur theilweise und bedingungsweise beitragen können, diese Organisationen als zweck- und nutzlos zu verwerfen. Beide Organisationen haben sich gegenseitig zu ergänzen. Der politische Kampf ist in den gewerkschaftlichen Vereinigungen gesetzlich unsittlich, er muß in der politischen Partei geführt werden. Was das, was die politische Partei-Organisation ihren Mitgliedern nicht gewähren kann, nämlich aus dem Kampfe schon jetzt materiellen Nutzen zu ziehen, dazu sind die Gewerkschaften da. Beide Organisationen ergänzen sich, und so geht es vorwärts. So haben wir 1878 gedacht, so haben wir seitdem gehandelt. Die Beschwerde des Genossen Regien über die falsche Zitirung des Korrespondenzblattes ist hinsichtlich Genosse Regien muß mit seinen kleinsten Hempeleien aufhören. Er hat von Genossen Fischer als von einem beliebigen Parteigenossen gesprochen. Regien ist auch ein beliebiger Parteigenosse. Die heimtückische Art, zwischen die Rippen zu fahren, ist nicht gerade unser Würdig. Aber die gereizte Stimmung des Mittelpunktes der Generalkommission ist begreiflich. Sie hat einen sehr unglücklichen Geburtsstag, sie ist zu einer Zeit entstanden, wo das in Folge der wirtschaftlichen Konjunktur übermächtige Unternehmertum jeden Streik zu Boden drückte, sie hat in Folge des wirtschaftlichen Rückganges nichts als Niederlagen zu verzeichnen gehabt. Den Rückzug sollte sie bedeuten, wo sich der Feldherr und seine ganze Meisterschaft zu behaupten hat. Von dieser Meisterschaft habe ich nichts gesehen, von den Verhandlungen über die Gewerkschaftsfrage wurde erwartet, daß sie den Höhepunkt des Kongresses bilden würde, statt dessen hat Regien die Debatte sehr verflacht. Regien sprach von den ungeheuren Anforderungen, die die gewerkschaftliche Organisation an jeden Einzelnen stelle. Wenn ihre Strahlen so leuchten, daß sich Jeder daran verbrennt, Jeder seine Existenz auf's Spiel zu setzen bereit sein muß, der sich ihr anschließt, dann konnte nichts Abschreckenderes gesagt werden. Er hat diese Schlussfolgerung freilich nicht gezogen, aber dafür, daß er seine Gedanken nicht logisch zu Ende führt, können wir doch nichts. Er mag die besten Bestrebungen haben, aber es fehlt ihm an genügenden Takt. So behauptete er, die politischen Bewegungen seien mit der Stimmgabelabgabe erschöpft. Das habe ich bei den Unabhängigen, bei Werner und Komp. gelesen, mit denen Regien sehr verständlich nichts gemein hat. Die Behauptung ist grundfalsch! Sehen Sie sich die Strafregister an, die wir führen, in denen hunderte von Jahren Gefängnis verzeichnet sind, die unsere Parteigenossen zu verbüßen haben. Glauben Sie, daß diese trockenen Ziffern nicht von so mancher vernichteten Existenz erzählen? Denken Sie an das Sozialistengesetz, das Hunderte ruiniert hat, die Familiendäter aus ihrem Heim riß und in das Exil jagte, so daß Manche in ihrer Verzweiflung zum Selbstmord schritten. Reicht das nicht Existenz auf's Spiel setzen? Und diese Opfer sind für die politische Bewegung gebracht worden. (Beifall) Regien hat seine absolute Unfähigkeit bewiesen. Er verlangte, daß die führenden Parteigenossen sich ihren Gewerkschafts-Organisationen anschließen. Ich gehöre keiner an, auch Bebel nicht. Soll Liebknecht dem Verein Berliner Journalisten beitreten? (Rufe: Nein!) Singer soll in neuester Zeit ein menschliches Können empfinden haben, und Mitglied der Freien Vereinigung junger Kaufleute geworden sein. (Große Heiterkeit.) Wir unterstützen die Gewerkschaften durch unsere Reden. Angenehm ist das nicht, denn sofort nach Beendigung des Vortrages fangen die Hänkerlein über die Form der Organisation an. Das Finale ist, daß sich zwei Menschen Ohren und Nasen abschneiden würden, wenn nicht die Polizei da wäre. (Große Heiterkeit.) Dielem kann dasjenige Streik um die Organisationsform muß ein Ende gemacht werden. Die Unmöglichkeit der Gewerkschaftskommission gegen sich soll aus dem Verdachte entstanden sein, der Baumeister Reiter sei kein Sühling. Das ist nicht der Fall, ich suche allerdings vorhandene Gegensätze auszugleichen und habe auch den Genossen Reiter gebeten, friedlich zu sein. Partei können wir nicht ergreifen, sonst hätten wir zwei Lager in

der Partei. Ginge es nach mir, dann überträte wir die streitenden Thelle, auch die Sollinger — so lange in eine Duellekammer, bis sie schließlich blühen: Dagt uns ranz, wir wollen uns vertragen. (Große Heiterkeit.) Warum streikt Regien nicht für die Parteipresse, sondern für das Sozialpolitische Zentralblatt? Fühlt er sich wohl in der Gesellschaft von hochstehenden Beamten und Doktoren? Daher der Hildegang nach Frankfurt. Die Doktoren gehören wohl zu uns, aber sie bilden nicht das Rückgrat der Partei, das sind die Proletarier! Redner empfiehlt die gestern mitgetheilte Resolution und schließt: Wir erwarten nun, daß auch diejenigen, die bisher schüchtern bei Seite blieben, anerkennen, daß es nicht dies Worte sind, die in dieser Resolution stehen, sondern daß sie unsere wirklichen Gedanken und Empfindungen ausdrückt. (Beifall) Liebknecht stellt fest, daß der gewaltige Berg der seit Monaten angehäuften Beschlüssen heute ein lächerliches Mäuschen geboren habe. Regien habe, weil er keine Thatsachen hatte, zu persönlichen Angriffen, die auf Klatsch beruhen, seine Zuflucht genommen. Kein Sozialdemokrat sei gegen die Gewerkschaftsbewegung. Redner geht auf die Anfänge der englischen Gewerkschaftsbewegung ein, die aus der Gewerkschaftsbewegung, dem alten Trade-Unionismus, in die praktische Bewegung, den neuen Trade-Unionismus übergegangen ist, erwähnt, daß er nach seinem 18jährigen Aufenthalt in England zuerst in Deutschland gewerkschaftlich auf Grund seiner englischen Erfahrungen organisiert habe. Jetzt tauche bei uns der Gewerkschaftsabus (das heißt, daß die Gewerkschaftsorganisation das Hauptziel sei) namentlich bei den „Unabhängigen“ wieder empor. Nur dieser Gewerkschaftsabus sei der Feind. Er bitte, den Antrag Auer und Genossen einstimmig anzunehmen. Bittel-Berlin behauptet, daß die Diskussion einen so persönlichen Charakter angenommen habe. Nichtsdestoweniger könne er nicht verhehlen, daß in den Kreisen der Gewerkschaften das Gefühl vorherrsche, die politischen Führer seien der Gewerkschaftsbewegung nicht besonders freundlich gesinnt. Eine Klärung könne nur möglich sein. Er meine, die politische Bewegung könne nicht ohne die gewerkschaftliche erfolgreich sein und umgekehrt. Beide gehören zusammen, die gewerkschaftliche sei die Vorstufe für die politische Bewegung. Er empfiehlt versehrentlich die Resolution Auer (Stürmischer Beifall), bemerkt hierauf sein Versehen und empfiehlt die Resolution Arons. (Beifall) Schoenlaan-Berlin vermischt größere Gesichtspunkte im Referat Regiens, und weist die Unmöglichkeit der Forderung nach, daß jeder Parteigenosse einer Gewerkschaftsorganisation angehören müsse, wie sie die Resolution Arons verlangt. Die Handarbeiter scheiden aus, da sie sich geschicklich gar nicht koalieren dürfen. Viele guten Parteigenossen sei es gar nicht möglich, sich zu organisieren, so allen staatlichen Beamten und Unterbeamten, so den Hausindustriellen, den armen Genossen im Vogtlande, im Gulsengebirge. Die Resultate bei den Wahlen seien im Rheinland und Westfalen, wo viele Organisationen bestehen, schlechter, als in Sachen mit seiner Hausindustrie. Die Partei habe die Pflicht, die Gewerkschaften, wo Boden für sie vorhanden ist, zu unterstützen, aber sich mit gebundenen Händen ihnen überließen, können wir nicht, der Versuch würde scheitern an dem granitenen Widerstand der sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Studenrauch-Ortenheim tritt gleichfalls für die Resolution Auer ein. Bebel: Regien habe seine Stellung zu den Gewerkschaften ganz falsch dargestellt. Es sei auffällig, wie unbewandert Regien in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung sei, so daß ihn erst ein noch dazu falsch stehendes Wort, das er (Bebel) in Paris gesprochen, über seine (Bebel's) inwärtige Stellung zur Gewerkschaftsbewegung unterrichtet habe. Er habe schon im Jahre 1868 für die Gewerkschaften gewirkt. In den 70er Jahren wie später in den 80er Jahren habe er mit Auer für die Gewerkschaften agitiert. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes sei auf Grund der Reden der Führer behauptet worden, die Gewerkschaften seien streng sozialdemokratisch, und das Gesetz habe sie in Folge dessen auch getroffen. Er sei nicht Mitglied einer Gewerkschaft und werde auch nicht eintreten. Man sage, die Führer sollten das gute Beispiel geben. Das sei die Einführung des Personenkultus durch eine Hintertür. Eins die politischen Führer erst in der Gewerkschaft, dann sollen sie dort auch Vorstandsmitglieder werden, sollen Artikel schreiben, und das können sie nicht bei der Arbeitslast, die sonst auf ihren Schultern ruht. Was Schoenlaan zur Resolution Arons gesagt, ist richtig. Wie kann man denn die durch den Streik auseinander gefallenen Bergarbeiter, die 10.000 Stimmen für uns abgegeben haben, wieder in die Gewerkschaften hineintreiben? Die Gewerkschaftsbewegung tritt eben gegen die politische in den Hintergrund. Wir mögen gewerkschaftlich organisiert

sein wie wir wollen, wenn das Kapital zu einer Macht wird, wie in der Kohlen- und Eisenindustrie Ostpreußen-Westfalens, dann ist es aus mit der Gewerkschaftsbewegung. Dann hilft nur die politische Macht. In dem Maße, wie die kapitalistische Gesellschaft sich entwickelt, wird der Gewerkschaftsbewegung ein Lebensfaden nach dem anderen gerissen. Wenn etwas zur Verwahrung der Gewerkschaftsbewegung beiträgt, so ist es der Kaufmann nach Frankfurt gewesen. Wenn man sich hier mit den wührendsten Gegnern in voller Freundschaft über die kleinsten Dinge der Welt unterhält, so ist das nicht mehr schön. Wenn irgendwo, so kann man hier von einem sozialdemokratischen Wadenstrümpferthum sprechen. Bebel hat sich kein Parteiblatt gefunden, das die Beihiligung an dem Frankfurter Kongress verurtheilt. Wir haben alle Ursache, aufmerksam darauf zu sein, was die Gewerkschaftsführer treiben. Eine Beihiligung an einem Kongresse, wie dem Frankfurter, wäre vor zehn Jahren noch unmöglich gewesen; sozialdemokratische Gewerkschaftsführer mit einem Manne wie Müller-Dortmund, sonst einer unserer wührendsten Gegner, in freundschaftlicher Unterhaltung! Das lateinische Wort hat hier Geltung: haben die Konfule Acht, daß dem Gemeinwesen kein Schade geschieht und wenn die Konfule nicht fähig sind, sollen sie von den Genossen vor Gericht gestellt werden. (Beifall) Es tritt eine Pause ein. Nach Beendigung derselben erklärt Bebel, der von ihm genannte Müller-Dortmund sei nicht der Reichstagsabgeordnete, sondern dessen Bruder. Suskopf-Hornberg: Die Partei habe den Gewerkschaften gegenüber völlig ihre Schuldigkeit getan, aber die politische Bewegung gehe doch vor. Die Presse enthalte genug über die Gewerkschaftsbewegung, namentlich die Rede der „Vorwärts“ seinen Vorwurf nach dieser Richtung. Der „Vorwärts“ könne doch nicht zu Gunsten der Gewerkschaften seinen politischen Theil aufgeben. Er empfiehlt die Resolution Auer. Paul-Hannover: Die Tribüne hier ist zur Willkür für die Gewerkschaftsbewegung geworden und die Folgen werden sich noch in unbeschreiblicher Weise zeigen. Gerade wir Gewerkschaftler betreiben die schwierige Agitation in kleinen Städten und auf dem Lande. Das ist schwerer als von einer großen Stadt nach der andern zu fahren und vor 10.000 Personen zu sprechen, sich nach der Rede beglückwünschen zu lassen und wieder abzufahren. Warum wird es uns denn so schwer, für das Wachstum der Gewerkschaften zu wirken? Weil in den kleinen Orten der Parteiführer sagt: Ach, was werde ich mich mit dem Gewerkschaftsabus abgeben, ich halte nur politische Reden, natürlich hochpolitische Reden. (Große Heiterkeit.) Auch der Parteitag sagt heute, die Mission der Gewerkschaften sei schon erfüllt. Das ist aber nicht richtig, die Gewerkschaften sind heute notwendiger als je. Ueberall bilden sich katholische oder religiöse Organisationen, um die Arbeiter von den zehnwüthigen Gewerkschaften abzuhalten. Die Resolution Arons gibt den Gewerkschaften, was sie zu verlangen haben. Fischer-Berlin bekämpft Regien's Standpunkt. Der Streit bestehe nicht zwischen den Gewerkschaften und der Partei, sondern zwischen der Generalkommission und der Partei. Sie wolle eine Art parlamentarische Komitee werden, das mit der Parteileitung wie Macht mit Macht verhandeln wolle. Das ist ihr nicht gelungen. Daher die Betrübnis. Bod-Gotha ist im Gegensatz zu Bebel der Meinung, daß den Gewerkschaften noch ein weiter Wirkungskreis offen steht. Im Uebrigen aber steht er auf dem Boden der Resolution Auer. Fischer-Hamburg tritt gleichfalls für die Resolution Auer ein. Silberstein-Berlin ist für eine kräftigere Unterstützung der Gewerkschaften durch die Partei. Er kann sich aber mit der Resolution Arons nicht einverstanden erklären. Mollensuhr-Hamburg: Ich sehe in den Gewerkschaften nicht die Vorstufe für die Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften sollen ihre Angehörigen vor Unterdrückung schützen. Die Gewerkschaften sind doch keine Aufklärungsvereine. Ja die politischen Gewerkschaften sind schließlich gar nicht wünschenswert. Es wäre möglich, daß Arbeiter mit allen möglichen politischen und religiösen Bekanntschaften in einer Gewerkschaft sich vereinigen und so eine Macht werden gegen das Kapital. Bebel hat wohl nicht recht, daß bei einer hochentwickelten Großindustrie die Gewerkschaften gar nichts ausrichten können. Das trifft nur zu für die Ketten der Riffe. In Zeiten der Prosperität wird sich auch der größte Kapitalist hüten, den Kampf mit seinen Arbeitern anzunehmen, da das Profitmachen doch die Hauptsache ist. Mit der zunehmenden Kapitalkonzentration werden die Kleinigkeiten, um die heute Kapital und Arbeit streiten, größeren Gegenständen der Differenz Platz machen. Das erfordert größere poli-

tische Intelligenz, auf die jetzt schon hingearbeitet werden muß. Schypel: Regien hat seine Sache schlecht vertreten, aber auch Auer ist zu weit gegangen. Streitfragen über die Form der Organisation haben doch nicht in Persönlichkeiten ihren Grund, sondern in den durch das Sozialistengesetz geschaffenen Verhältnissen. Auch die wirtschaftliche Krise ist schuld an den inneren Streitigkeiten. Wäre eine Hochfluth der wirtschaftlichen Verhältnisse gekommen, so wäre der ganze Schmutz weggeschwemmt worden und der Wirrwarr bestände nicht. Wo die Organisationen schwach sind, dauern eben die Fäulnisse fort, da nichts Besseres zu thun ist. Es ist Thatsache, daß die Gewerkschaften und nicht die Persönlichkeiten an der Spitze die Schuld an dem Streit über die Organisationsform haben. Wären die Bedenklichen heute an der Spitze, so würden die Gewerkschaften auch nicht stärker sein. Die Beschickung des Kongresses in Frankfurt war ein Fehler, aber Fehler werden überall gemacht. Die Fraktion hat ja auch einmal beschlossen, den Ratheder-Sozialisten-Kongress zu beschicken. Das ist ja kein Fraktionsgehimm, es hat ja in öffentlichen Blättern geklungen. Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wenn Bebel sagt, gegen die Macht der großen Kapitalisten müßten die Gewerkschaften nicht, so ist das meiner Meinung nach unrichtig. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist zuerst in den Gewerkschaften erreicht worden. Wo sind wir dem Maximum den Tag über, in Deutschland oder in England mit seinen starken Gewerkschaften? Ich glaube, in England. (Bebel ruft: Die englischen Unternehmer haben Furcht vor dem Anwachsen der politischen Partei) Nein, Genosse Bebel, das glaube ich nicht. Clara Zetkin tritt für die Resolution Auer ein. Dr. Arons beantragt folgende andere Fassung des Schlusses seiner Resolution: Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, wenn in dem Verufe, dem er angehört, eine gewerkschaftliche Organisation besteht, derselben anzugehören, wenn nicht zwingende Gründe es verhindern. Günther-Braunschweig: Auf dem Halberstädter Kongress hätte der Streit um die Form der Organisation vermieden werden müssen. Die Hauptsache sei, daß die Arbeiter überhaupt gewerkschaftlich organisiert seien. Die Form sei Nebensache. Ueber den Frankfurter Kongress möchte Redner nicht ein so scharfes Urtheil fällen wie Bebel. Er habe das Gute gehabt, daß Gegner und Behörden mit Sozialdemokraten über die soziale Frage verhandelt hätten. Die Stadt Braunschweig habe auf ihre Kosten einen Sozialdemokraten zum Kongress geschickt. Stroebel-Giel: Die gestrige Debatte habe keinen günstigen Eindruck auf ihn gemacht. Eine derartige Stärke der Ausdrücke verhindere eine sachliche Klärung. Die Abschächtung Regien's sei zu arg gewesen. Regien habe behauptet, daß die Gewerkschaften größere Opfer verlangten als der politische Kampf. Der politische Kampf sei gewiß nicht gefahrlos; das habe Regien auch gar nicht sagen wollen. Nur diejenigen, die sich im politischen Kampf hervorhoben, haben Verfolgungen der Gegner zu erwarten, während bei einem Sozialkampf alle, auch die letzten, von der Hungerpeitsche getroffen würden. Die Masse der Genossen befreite sich nicht im notwendigen Maße an den politischen Vereinen; für sie beschränkte sich in der That die politische Thätigkeit auf die Abgabe des Stimmgabels. Geschulte Genossen lassen sich am Besten in den Gewerkschaften erziehen. Innerhalb der Parteileitung bestehe selber die größte Meinungsverschiedenheit über den Nutzen der Gewerkschaften. Genosse Bebel meinte, daß die sozialistische Gesetzgebung und die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung der Gewerkschaften den Wind aus den Segeln nehmen und sie unmöglich machen würde. Genosse Wallenbuhr habe das Gegentheil behauptet. Eingehende Erörterungen in der Presse, besonders im „Zentral-Wochenblatt“, seien darüber zur Klärung erforderlich. In dieser Debatte werde sich hoffentlich auch Regien beteiligen, aber nicht im „Sozialpolitischen Zentralblatt“. Willarr-Berlin schließt sich dem Bauern über den Ton der Debatte an und polemisiert gegen Fischer, der die Begründung des Flugblattes der Berliner Gewerkschaftler als sich vom Boden des Parteiprogrammes entfernt bezeichnet hatte; sie seien Sozialdemokraten. Die Organisation der Arbeiter in den Staatswerkstätten sei zwar schwer, aber nicht unmöglich; die Bewegung mache Fortschritte. Hoffmeister-Köln: Die Gewerkschaftsbewegung führt zuweilen zu Verflachung der politischen. Redner tritt für die Sozialorganisation ein. Die Arons'sche Resolution sei unannehmbar. Beckmann-Höchst-Nisingen theilt den Standpunkt Bebel's, daß es in dem Maße mit den Gewerkschaften zurückgehen würde, wie das Großkapital sich entwickle. Holzhauser-Flensburg empfiehlt die Annahme der Resolution Arons.

Anteil-Verlin: Schippel habe die Stellung der politischen Partei einerseits und der gewerkschaftlichen Organisation andererseits am richtigsten geschildert. Es gibt keinen Parteigenossen, der die Gewerkschaftsbewegung nicht für wichtig hält; es gibt aber erregte Gewerkschaftler, die die gewerkschaftliche Organisation über die politische stellen. In der Öffentlichkeit würden die Gewerkschaften wohl häufig nicht mehr viel erreichen; aber der Defensiv wegen seien sie außerordentlich wichtig.

Reife-Verlin: Als ich 1884 in die Gewerkschaftsbewegung eintrat und die Debatte des „Handwerker“ übernahm, war ich noch kein überzeugter Parteigenosse. Ich wurde es aber bald, als ich mich näher mit der Sache beschäftigte. Der „Handwerker“ hatte Erfolg und wir wurden Anwerbungen von Hamburg aus gemacht, borthin überzuführen. Dabei wurden mir die Pläne entzogen, die man dort verfolgte. Man wollte aus der Gewerkschaftsbewegung einen Hammer schmieden, dessen Sichel in einer Hand sein und womit die kapitalistische Gesellschaftsordnung zerhackt werden sollte. Von den Männern der gewerkschaftlichen Organisation wurde mir bald klar, daß sie die kräftige Hand nicht besaßen, diesen Hammer zu schwingen. Und woher sollte er genommen werden? Doch aus derselben Eisenmasse, dem Proletariat, aus dem auch der Hammer der politischen Macht geschmiedet werden muß; denn die Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der politischen ist eine rein äußerliche, verschuldet durch die Thatsache des Vereinsgesetzes. Ich wußte, daß die beiden Hämmer schließlich aufeinander loshämmern würden. Ich trat den Zentralkomitees entgegen, weil ich erkannte, daß in ihnen der Same der Zersetzung mit der politischen Partei liege. Ich kam auf Anregung Schippel's in der „Volks-Tribüne“ zum Wort, das wir dann plötzlich abgeschnitten wurde. Der Streit war aber entbrannt und wurde von beiden Seiten persönlich geführt. Meinen Teil der Schuld nehme ich auf mich. Der Streit ist nun einmal der Streit. Und der Streit ist heute noch nicht beigelegt, weil zwei Schiedsgerichte von der Gegenseite abgelehnt wurden; auch der Halberstädter Kongreß hat den Ausgleich nicht gebracht. Es fällt mir und meinen Freunden nicht ein, einen Zwang auszusprechen, daß jede Gewerkschaft lokal organisiert sein müßte. Nur das Recht verlangen wir, daß jede Gewerkschaft sich so organisieren dürfe, wie es ihren Verhältnissen entspricht. Ich bin stets gegen das Schablonisieren gewesen. Mechanische Abfügungsversuche, die an mir vorgenommen wurden, besserten meine Stimmung auch nicht gerade. Zu Auer habe ich keine persönlichen Beziehungen, lasse mir nicht gefallen, daß mich jemand protegiert und bin für Aufschließen zu froh. Gewiß freue ich mich, daß ich mich, daß Andere mit mir die Gefahr erkannt haben, die aus dem „zweiten Hammer“ entsteht.

Hauc-Verlohn ist gegen die Auer'sche Resolution. Ein Schlußantrag wird jetzt angenommen. Persönlich bemerkt Bebel, daß es ein schweres Mißverständnis sei, aus seinen Worten herauszuhören, daß er sich gegen die Gewerkschaftsbewegung an sich erklärt habe. Die Gewerkschaftsbewegung habe seine wärmste Sympathie. Er habe nichts Anderes gesagt, als die ungeheuren Schwierigkeiten zu bezeichnen, die sich der Gewerkschaftsbewegung in zahllosen Arbeiterkreisen heute entgegenstellen und vor ihrer Ueberwindung warnen.

Das Schlußwort erhält der Reichertatter Begien: In der gestrigen Debatte ist mir von allen Rednern der Vorwurf gemacht worden, daß ich nicht das gebracht habe, was allgemein erwartet wurde. Der eigentlich schuldige Theil ist Schippel, der mir vor wenigen Tagen erklärt hatte, er wolle das Referat übernehmen und hier, ich weiß nicht aus welchen Gründen, darauf verzichtet hat. Dann wäre die Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich von höheren Gesichtspunkten beleuchtet worden, als ich es nach Lage der Dinge halten konnte. Was nun das, was ich vorgebracht habe, etwas so Unrechtes, daß Auer in dieser Weise gegen mich zu Felde ziehen mußte? Die Auer'sche Korrespondenz habe ich nur deshalb verlesen, um zu beweisen, wie abweichende Meinungen niedergelegt werden. Die jungen Kräfte erheben sich immer selbständig zu werden und eine eigene Meinung zu haben; wenn man sie aber so behandelt, wie ich behandelt wurde, dann ermutigt man nicht gerade die eigene Meinung. (Aufe: Sehr gut.) Das ist nicht der Weg, um weitere Kräfte für unsere Bewegung zu erzielen. (Sehr richtig.) Mich trifft das persönlich nicht so schwer; aber es berührt mich tief im Interesse der Partei, daß von keinem Redner, außer Stroebel, in der Diskussion dagegen protestiert worden ist. An Angriffe bin ich von Seite der Gegner gewöhnt; von einem Genossen sind sie unangenehmer. Aber für die ganze Partei selbst war es sehr nachtheilig, daß die Frage so von Auer hier behandelt wurde. Denn wenn er mich für unfähig erklärt, was sollen dann die Genossen dazu sagen, die mich in

Hamburg zum Delegierten gewählt haben? Das Urtheil fällt auf sie zurück. Das geschmacklose Wort der „Zentralkomitee“ und der „gekündeten Bebermüß“ geht nicht auf den Kongreß. Aber Ihr Geschick ging mir nahe. Auch der Genosse Bebel hat meine Urtheilsfähigkeit bestritten. Was er vor Jahren für die Gewerkschaftsbewegung gethan hat, habe ich gewußt; aber von anderer Seite wurde behauptet, daß er seine Stellung geändert habe; deshalb wies ich auf sein Wort auf dem Pariser Kongreß hin. Der Genosse Auer kann höflich sein, wenn er will. Ich wünsche, daß man künftig anders diskutirt. Auer hat meine Ausführungen umgekehrt, als ich von den Erstlingsgefahren sprach, die mit der Theilnahme an der gewerkschaftlichen Organisation verbunden waren. In der politischen Bewegung sehen immer nur einzelne Personen, die direkten Agitatoren, ihre Existenz ein, bei einem Lohnkampfe der Gewerkschaft jedes einzelne Mitglied.

Es trifft zu, wäre die Generalkommission in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs eingefügt worden, so hätte sie Großes leisten können. Das war nicht der Fall. Darüber ist sich auch die Generalkommission vollkommen klar. Die Kommission hat verschiedene Broschüren herausgegeben, unterstützt die Genossen in kleinen Städten mit Rath und That, verbreitet Hunderttausende von Flugblättern in Ost- und Westpreußen und sie dient nicht nur der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der Partei. Nur hängt sie ihre Thätigkeit nicht an die große Glocke. Was meine Mitarbeit am „Sozialpolitischen Zentralkomitee“ betrifft, so habe ich bis jetzt immer geglaubt, daß das „Sozialpolitische Zentralkomitee“ ein Blatt wäre, das von der Partei protegiert werde. Wie sympathisch äußert sich zum Beispiel der Artikel in Nr. 225 des „Vorwärts“ über das Blatt. Ich habe für das Blatt geschrieben, wenn es sich um Fragen handelte, die auch Interesse bei Leuten außerhalb der Partei im engeren Sinne des Wortes erregen konnten. Die Generalkommission hat in der Parteipresse die Erörterung gewerkschaftlicher Fragen beständig angeregt. Das „Korrespondenzblatt“ geht der Parteipresse regelmäßig zu. Ich schreibe darin für die gesammte Parteipresse, werden die Beiträge nicht abgedruckt, so ist das nicht meine Schuld.

Ich müßte nicht die Parteipresse ängstlich darauf, ob sie etwas gegen die Gewerkschaften schreibt. Ich brachte nur diejenigen Artikel zur Sprache, die mir aus der Provinz zugegangen sind. Ich bestritte gar nicht, daß die Parteipresse Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung zeigt, aber zwischen Sympathie und Propaganda ist ein Unterschied. Ich wünsche die Propaganda. Der Bilgergang nach Frankfurt ist als Beweis für die Gefahr der Verflüchtigung der Partei durch die Gewerkschaftsbewegung bezeichnet worden. Will man den Gewerkschaften die Möglichkeit lassen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken, so muß man ihr das Recht zuerkennen, dahin zu gehen, wo man wirken kann. Der Arbeitsnachweis wird von der Parteipresse als wichtig bezeichnet, es war also ganz natürlich, daß wir in Frankfurt über die Frage diskutirten. Wir haben nicht freundschaftlich mit den Gegnern und Beamten verkehrt, sondern ihnen unsere Meinung sehr deutlich gesagt. Die Betheiligung an dem Rathgeber-Sozialistenkongreß wäre vielleicht viel schlechter gewesen, als es die Betheiligung an dem Frankfurter Kongreß gewesen ist.

Der Streit um die Form der Organisation ist nicht von so hoher Bedeutung, wie er hier dargestellt wurde. Der eigentliche Streit liegt in der Zentralkomitee der Maurer und konzentriert sich auf einzelne Orte. Er ist nicht so groß. Bei 48 von 52 zentral organisierten Gewerkschaften herrscht Frieden. Genosse Kessler sei gegen die allen Zentralkomiteen zu Felde gezogen und habe den Pantapfel in die Gewerkschaften geworfen. Trotzdem ist er Redakteur eines Parteiblattes geworden. Bebel sagte, die soziale Gesetzgebung des Reiches nimmt den Gewerkschaften den größten Theil ihres Bodens weg und die Konzentration des Kapitals vertheilt sie immer mehr zur Erfolglosigkeit. Eine solche Äußerung, von mehreren bedeutendsten Parteiführern gemacht, ist nicht geeignet, Profolyten für die Gewerkschaftsbewegung zu werben. Ich bestritte die Möglichkeit dieser Anschauung, denn erstens ist die Arbeiterschuttsorganisation so minimal, daß sie kaum in Betracht zu ziehen ist, der zehnjährige Maximalarbeitsstag ist von der Gesetzgebung nicht zu erreichen, während manche Gewerkschaften bereits den 9-jährigen Arbeitstag haben. Die Arbeiterschutts-Gesetzgebung nimmt den Gewerkschaften nichts von ihrer Bedeutung, sie erhöht sie vielmehr, weil die Organisationen die Ueberwachung der Ausführung der Bestimmungen des Arbeiterschutzes zu übernehmen haben. Die Gewerkschaftsbewegung wird so lange dauern, als es einen Streit um den Antheil am Produkt zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt, also so lange, als die bürger-

liche Gesellschaft währt. Das Streben, seine Lage zu verbessern, wohnt in der Brust eines jeden Arbeiters. Dieses Streben zu organisieren, ist die unvermeidliche Pflicht der Gewerkschaften. Nun zu den Resolutionen, die uns vorliegen. Die Resolution Auer und Genossen sagt, wenn man es richtig auffassen will, ungefähr dasselbe, wie die Resolution Auer's, die, von dem Schlußsatz abgesehen, dasselbe nur in präziserer Form sagt. Was den Schlußsatz betrifft, so wird die Meinung, daß es Pflicht der Genossen ist, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen, in manchen Kreisen geteilt, ihnen könnte Rechnung getragen werden, wenn von Streitigkeiten die Rede sein kann, dann werden sie durch Annahme der Resolution Auer's gewiß nicht größer werden. Man wird sagen, die Resolution Auer ist bloß eine Sympathieerklärung. Jeder Redner hat hier versichert, es sei ja Pflicht der Genossen, sich auch gewerkschaftlich zu organisieren. Warum wollen Sie das nicht durch die Annahme der Resolution Auer's auch ausdrücklich aussprechen? Schönant griff sie an, weil die Handwerker, die Arbeiter in den Staatsbetrieben sich nicht organisieren können. Die Resolution ist auch gar nicht für die Kreise bestimmt, die sich nicht organisieren können, sie ist für die Genossen in den Industriezentren bestimmt und wird, was uns recht sein kann, höchstens die landwirtschaftlichen Arbeiter anregen, für sich Koalitionsfreiheit zu fordern. Redner blickt, sich der Resolution Auer's anzuschließen, die der Meinungsaustritt von Männern wäre, die besonders vertraut mit der Gewerkschaftsbewegung wären und wünscht zum Schluß nochmals, man möge sich künftig Mühe geben, Differenzen vollständig zu begleichen. Eine Partei wie wir, eine Kampfpartei, braucht eine straffe Zentralkomitee, eine Unterordnung unter den Willen einzelner Personen, weil sie nur so den Kampf mit der ganzen bürgerlichen Welt führen kann. Wenn wir diese Unterordnung auch brauchen, so darf sie doch nicht zu weit gehen. Zwischen dem Unterordnen unter den Willen der Zentralkomitee und der Unterbrechung jeder anderen Meinung besteht dann noch ein großer Unterschied. Wir brauchen Leute, die selbständig zu denken und zu handeln vermögen; und dazu müssen sie von uns erzogen werden. Das geschieht aber nicht, indem man die sachliche Erörterung so pflegt, wie es gestern hier geschehen ist. (Beifall.)

Korreferent Auer: Wenn einer froh gewesen wäre, zu dieser Frage nicht sprechen zu müssen, so wäre ich es. Ich wußte vorher, daß nicht allzuviel Sachliches bei der Debatte herauskommen würde. Zwischen Begien und mir besteht sachlich keine wesentliche Meinungsdivergenz, alle die unangenehmen Dinge hängen mit seinen Gefühlen, seinen Vorurtheilen zusammen. Diese Vorurtheile auf Seiten der Gewerkschaftler sind auch Schuld daran, daß unser alter bewährter Genosse Paul ganz falsch verstanden hat, was Bebel gesagt hat. Es wäre doch ein elendes Heuchlerpiel, wenn wir den Arbeitern fortwährend zurufen, organisiert Euch auch gewerkschaftlich und nicht davon Aberzeugt wären, daß die Gewerkschaftsbewegung nutzlos sei. Aber wir können nicht mehr, als unsere ehrliche Sympathie erklären. Begien sagt, wir müssen aktiv thätig sein, Propaganda machen. Dieß ist denn keine Zeitungen? Zur Parteileitung gehört doch auch die Fraktion. Ist nicht von der Parteileitung in diesem erweiterten Sinne viel in Versammlungen gethan worden? Kennt er nicht die Thätigkeit Bebel's für die Wäcker? Ist das nur lähliche Sympathie? Ist das nicht positive Thätigkeit, die den Vergleich mit der Thätigkeit der Generalkommission nicht zu scheuen braucht? Wenn wir etwas gegen Begien's Bestrebungen hätten, würden wir doch seine Wahl in den Reichstag nicht unterstützen haben. Sagen nicht Bod, Meister, Reichhaus, Wegner in der Fraktion, die doch alle Führer der Gewerkschaftsbewegung sind? Fischer, der bei Begien ebenso schwarz geschrieben steht, wie ich, und ich selber haben meine Artikel für die Gewerkschaften geschrieben als Begien bis jetzt. Ich bedauere nicht, daß ich gestern unhöflich war. Ich mag ja auch meine höfliche Seite haben; sie kommt bei mir nur selten zum Ausdruck. (Stürmische Heiterkeit.) Heute aber will ich so höflich als möglich sein. Die Parteileitung muß neutral bleiben, sonst wird der Streit der Gewerkschaften in die Partei getragen. Kessler's Auffassung über die Zentralkomitee theile ich nicht. Ich habe auch Kessler oft gesagt, daß seine Waffen nicht immer so scharf geschliffen zu sein brauchen. Die Parteileitung muß genug Takt haben, um durch einen solchen Streit hindurchzulabren. Begien hat an die bekannte Sentimentalität der deutschen Arbeiter appellirt; der Wolf Auer hätte das unschuldige Lammchen Begien nicht so zerzausen sollen. Ich habe mich nicht in der Rolle des Wolfes gefügt, sondern in der des Angegriffenen, und zwar des seit langer Zeit Angegriffenen. Lange ist das Pulver zusammengetragen worden, bei dessen Explosion allerdings nicht

ich, sondern Begien in die Luft geflogen ist. Das gegenseitige Kopfwaschen schadet uns nichts. (Heiterkeit.) Wenn jemand mich angreift, so breche ich deshalb die Beziehungen mit ihm nicht ab, wie Begien es mir angefangen hat. Das ist nun seine Sache. Ich soll Begien den Vorzug der Jugend vorzuzugeworfen haben. Ich wünschte, ich wäre 20 Jahre jünger! Dann sollten Sie mal einen Neel kennen lernen. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben im Sturm und Wetter gekandert, und verlangen nur, daß sich die Jüngeren darüber unterrichten, was damals war. So unähnlich wie sich Begien stellt, ist er nicht. Er hat mir den Vorwurf gemacht, ich dachte nicht so, wie ich spreche. Er spielt die Rolle Marc Antons an der Seite Jäfers, der fortwährend angeleitet, und jeden seiner Sätze mit den Worten schließt: „hoch Brutus ist ein ehrenwerther Mann“. Begien will anders behandelt sein, ich will ihn anders behandeln, aber er gehe in sich und sage nicht mehr: „Herr ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie Jene.“ Genosse Paul sagte, der Gewerkschaftsbewegung sei hier das Grab gegraben worden; er mag die Verflüchtigung hinnehmen, die Partei wird die Gewerkschaften ebensowenig in Zukunft im Stiche lassen, wie sie sie bisher nicht im Stiche gelassen hat. Sind die 100,000 M., die aus der Zentralkomitee der Partei gegeben worden sind, um die Wunden zu heilen, welche verunglückte Streiks geschlagen hatten, etwa keine Unterstützung der Gewerkschaften? Abgesehen von den tausenden Thalern, die deutsche Arbeiter aufgebracht haben, hat auch die Parteileitung immer das Solidaritätsgefühl hochgehalten: Es sei denn, daß man ihr vorwirft, daß sich die Parteikasse gelegentlich der Zigarrenmachers und Buchdruckerstreiks nicht verblutet habe. Die Kasse wäre schon bei dem Zigarrenmachersstreik Pleite gegangen, wir waren der Ueberzeugung, daß der Streik nicht mehr zu retten sei, selbst wenn wir unser ganzes Vermögen hergeben würden und bieten deshalb die Taschen zu. Das war unsere Pflicht, wir haben dabei nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Wenn wir nicht mehr thun konnten, so liegt das am Umfange der Parteikasse und da wiederhole ich meine Warnung, die Parteikasse nicht zu vergessen. Nun zu der Resolution: Wir können den Genossen nur die moralische Verpflichtung zum Eintritt in die Gewerkschaften auferlegen. Ein Zwangsmittel haben wir nicht. Auer sagt in seiner Resolution: Nur zwingende Gründe dürfen von der Verpflichtung zum Eintritt in die Gewerkschaften befreien. Was sind aber zwingende Gründe? Rufen Sie sich die Rede Schönant's in's Gedächtnis zurück; er wies zwingend nach, daß hunderttausende von Proletariern sich gar nicht organisieren könnten. Ueber die zwingenden Gründe wird überall der Streit entbrennen. Sprechen wir die moralische Verpflichtung aus, lassen wir die heutigen Zwischenfälle vergessen sein und gehen wir als muthige Männer hinaus in den Kampf zum Wohle der Partei und der Gewerkschaften. (Beifall.)

Ueber die Resolution Auer's wird namentlich abgestimmt. Sie wird mit 168 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Resolution Auer wird nunmehr einstimmig angenommen. Alle anderen Anträge sind damit erledigt.

Korrespondenzen.

Mempner. Hamburg. Die Sektion der Mempner hielt am 24. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Zeyorowski Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Der Beschluß des Komitees, die streikenden Bergarbeiter Frankreichs zu unterstützen und zu diesem Zweck Sammellisten in Umlauf zu setzen, wurde vom Reichertatter der Mitglieder zur besonderen Beachtung empfohlen. Als 2. Punkt wurde die revidirte Abrechnung mit der Parteikasse, sowie diejenige von der Sommertour verlesen und genehmigt. Letztere ergab einen Ueberschuß von 170 M. Zum 3. Punkt: Vortrag über die Chartistenbewegung, ertheilte sich der Referent, Genosse B. Weinheber, seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise, wofür ihm reichlicher Beifall seitens der Versammlung zu Theil wurde. In der sich anschließenden Debatte erwähnte Kollege Zeyorowski die Mitglieder, unerwähnt neue Mitglieder unserem Verbands zuzuführen, damit derselbe das werde, was er sein soll, ein Bollwerk zu Schutz und Trutz. Der 4. Punkt betraf den Antrag auf Abhaltung vierwöchentlich Versammlungen. Nach eingehender Diskussion wurde beschloffen, bis auf Weiteres nur alle 4 Wochen eine ordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten. Versammlungslokal: „Reisinghale“ am Gänsemarkt. Außerdem sollen von nun an regelmäßige öffentliche Fachversammlungen in kleineren Lokalen der Vororte stattfinden. Zum Schluß wurde auf Antrag einem verunglückten Kollegen eine zweite Unterstützungsrate von 20 M. bewilligt.

Metall-Arbeiter.

Frankfurt a. M. Ueber die Zustände in der Maschinenfabrik v. Mayharth u. Komp. sah man sich veranlaßt, in der Frankfurter „Vollstimme“ nachfolgenden Artikel zu veröffentlichen: „In der hiesigen Maschinenfabrik von Mayharth u. Komp. mußten die Arbeiter den Sommer hindurch 12-14 Stunden täglich arbeiten. Jetzt, da der Winter vor der Thür steht, wird endlich die „regelmäßige“ Arbeitszeit festgehalten, zugleich aber auch der Allfordslohn erheblich vergrößert, nämlich um 10 bis 15 Prozent und mehr. Diese Maßregelung soll der Prinzipal selbst verlangt haben. Die Arbeiter, zumal die verheirateten, müssen sich dieser Kürzung des Lohnes fügen, da die Zahl der arbeitslosen Arbeiter so groß ist. Jedoch herrscht eine starke Erbitterung unter den Arbeitern über dieses in jedem Jahr sich wiederholende Vorgehen der Firma. Im Sommer steht sie die großen Profite ein, im Winter sollen und müssen die Arbeiter noch mehr hungern. So war es auch im vorigen Jahre, da hatten wir bei dem verkürzten Lohne nur 8 1/2 Stunden Arbeit. Was für ein Verdienst damals herauskam, kann sich Jeder denken. Als dann in Folge des Brandes 5 Tage hindurch nicht gearbeitet werden konnte, erhielten wir keinen Pfennig. — Ob die Herren wohl geglaubt haben, daß in einer solchen Zeit ein Arbeiter nichts zu essen braucht? Die Arbeiter haben aber zum Theil selbst Schuld an dieser Behandlung, da der allgeröchteste Theil derselben es nicht der Mühe werth hält, dem Verbands beizutreten. Jetzt sehen sie, wie die Kapitalisten mit ihren Arbeitern umspringen, wenn sie die Macht dazu haben. Das einzige Mittel hiergegen ist die Vereinigung aller Arbeiter. Sind wir einig, dann sind wir so stark, daß wir uns eine solche Behandlung nicht gefallen zu lassen brauchen, sondern einen Streik wagen können. Deshalb mögen sich die Arbeiter durch diese traurige Erfahrung belehren lassen und nicht eher ruhen, bis auch der letzte von ihnen dem Verbands beigetreten ist.“ — Hierauf veröffentlichte genannte Firma folgende Erwiderung: „Nach dem fraglichen Artikel gewinnt es den Anschein, als hätten wir eine allgemeine Reduktion der bei uns üblichen Allfordsätze vorgenommen. Die betreffende Allfordsreduktion wurde nur an einigen zu hoch bezahlten Stücken vollzogen, während ca. 98 Prozent der seitherigen Allfordsätze bestehen blieben. Wir bezahlen in unserem hiesigen Geschäft über 400,000 M pro Jahr für Arbeitslöhne, und dieser Betrag wird durch die oben erwähnte Allfordsreduktion nur um ca. 1000 M vermindert. Wenn wir im vergangenen Winter die Arbeitszeit verkürzten, so waren wir durch die Anhäufung der Maschinenvorräthe, in Folge einer schlechten Konjunktur, dazu gezwungen, und glauben wir doch mehr im Interesse unserer Arbeiter gehandelt zu haben, wenn wir die volle Arbeiterzahl den ganzen Winter hindurch 8 1/2 Stunden pro Tag beschäftigten, als wenn wir die Hälfte derselben wegen Arbeitsmangel vor dem Winter entlassen hätten.“ — Gegenüber dieser „Vertichtigung“ ist nach genauer Erkundigung festgestellt, daß Abzüge von den ohnehin sehr gedrückten Allfordsätzen bei den meisten Artikeln gemacht wurden, und noch weitere bei fast Allen in sicherer Aussicht standen. Nur in Folge der Veröffentlichung scheint man davon Abstand genommen zu haben. Wenn aber auch die Angaben der Firma auf Wahrheit beruhen würden, wenn also durch jene Verkürzung des Lohnes von den 400,000 M nur 1000 M „gespart“ werden, dann ist es erst recht zu verurtheilen, daß die Firma wegen einer gegenüber ihrem jährlichen Profit so geringen Summe zu einer derartigen Maßregel greift, die, wie sie selbst auch die Firma jetzt überzeugt hat, in Wirklichkeit die Arbeiter auf's Höchste erbittert hat. Freilich ist die „Vertichtigung“ gebricht, deshalb existieren, weil die Firma es vorgezogen hat, die volle Arbeiterzahl den ganzen Winter hindurch 8 1/2 Stunden pro Tag zu beschäftigen, als die Hälfte derselben wegen Arbeitsmangel vor dem Winter zu entlassen. Klein, damit sind die Arbeiter durchaus einverstanden, darüber beschwert sich auch der betreffende Artikel in der „Vollstimme“ nicht. Wie es aus jenem Artikel klar und deutlich hervorgeht, beschwerten sich die Arbeiter nur darüber, daß die Firma ihre Nothlage in der schlechten Zeit, in welcher sie schon wegen der kürzeren Arbeitszeit weniger verdienen, ausnützt, um den Lohn herabzudrücken. Geschieht das auch im Interesse der Arbeiter? Hierauf, wie auch auf die grobartige Bezahlung der 5 Tage nach dem Brande, geht die „Vertichtigung“ nicht ein, obgleich diese Punkte doch den wesentlichen Inhalt unseres Artikels bilden. Zu bemerken ist noch, daß die Firma Mayharth ganz sicher von größeren Entlassungen nicht etwa aus Humanität Abstand genommen hat, als vielmehr deshalb, weil sie diese Arbeiter bei einem flotteren Geschäftsgange wieder sehr gut gebrauchen

und aus denselben dann wieder mehr Profit herauszuschlagen kann wie bei neu Eingestellten. Möchten auch die Arbeiter dieser Firma aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß wir nur durch eine starke Organisation im Stande sind, solchen Zuständen ein Ende zu bereiten und daß es Pflicht eines Jeden ist, hierzu beizutragen und sich der Organisation anzuschließen.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sektion aller in Selbstregieren, Gürtlerereien und Metallbrechereien beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend. Mitgliederversammlung am 18. Oktober bei v. Salzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Bevollmächtigte einen von dem Einschnittler Fortbildungsverein eingegangenen Brief, in welchem ersucht wird, der Vorstehende möge auf genannten Verein aufmerksam machen und die Mitglieder auffordern, sich an den Lehrstunden zu betheiligen. Daraus wird das Protokoll verlesen und genehmigt und dann in die Tagesordnung eingetreten. Ueber das Gewerkschafts-Kartell berichtet der Delegirte S. von der Sitzung vom 14. Oktober. Zu dem Beschlusse des Kartells, betreffend die Birkulation von Sammelbogen für die streikenden Bergleute, fordert Schulz die Kollegen in warmen Worten auf, sich an den Sammlungen recht reg zu betheiligen. Die Versammlung gibt ihr Einverständnis durch freudige Zwischenrufe zu erkennen. Der Kassirer verliest darauf die Abrechnung von den Monaten Juli, August und September. Derselbe weist einen Ueberschuß von 6,88 auf. Nach einigen kurzen Bemerkungen wird selbige genehmigt. Zu „Berichtungen-Angelegenheiten“ wird der Fall Bild contra Mühs bis zur nächsten Versammlung verlagert, weil der Antragsteller nicht anwesend ist. Es werden noch verschiedene Verfassungen kritisiert und beschloffen: die Ortsverwaltung möge einen Situationsbericht in unserem Fachblatt veröffentlichen und im „Hamburger Echo“ eine Annonce loslassen, worin die Kollegen der verschiedenen Verfassungen aufgefordert werden sollen, Berichte über ihre Verfassungen an die Ortsverwaltung einzusenden, um so die Ortsverwaltung in den Stand zu setzen, einen wahrheitsgetreuen Situationsbericht zu veröffentlichen. Ferner wurde beschloffen, in der „Berliner Volks-Zeitung“ eine Annonce zu erlassen, welche die Berliner Kollegen warnen soll, auf die Annonce eines hiesigen Arbeitgebers mit Namen Pribe, worin dieser lächerliche Artikel, natürlich bei dauernder Beschäftigung, guter Behandlung und hohem Lohn sucht, nicht hinein zu fallen, da hier am Orte genügende Arbeitskräfte vorhanden sind, ja sogar mehr wie zu viel. Des Ferneren wurde beschloffen, Streitigkeiten, welche zur Verhandlung gelangen sollen, vorher der Ortsverwaltung zu unterbreiten. Zu „Zeitungskolportage“ wurde, nachdem einige Kollegen sich beschwert über unregelmäßige Zeitungszustellung, beschloffen, eine Liste der Kolporteurs in der Versammlung sowohl wie in der Zentralherberge auszuliegen. Daraus wird die Kontrolle, wie sie in letzter Zeit gehandhabt worden ist, gut geheißt. Dann wird noch beschloffen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag vom Genossen Kohn über die französische Revolution halten zu lassen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am 29. Oktober fand eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung in der Gesellschaftshalle zu Lindenau statt. Der Referent Schlemann gibt an der Hand einer guten Statistik ein treffliches Bild vom heutigen Stand der deutschen Gewerkschaften und weist nach, daß 11 Zentralorganisationen einen Zuwachs zu verzeichnen haben. Ferner gibt er an, daß speziell die Metallarbeiter in 17 Monaten 91-92 eine Wanderunterstützung von 62,000 M gezahlt haben und ist der Ansicht, daß die Wanderunterstützung beibehalten werden muß. Redner führte weiter aus, man sehe sich später gezwungen, um den Arbeitern im schlesischen Guldengebirge und dem sächsischen Erzgebirge den Beitritt zu einer Organisation zu ermöglichen, eine Beitragskala einzuführen. Redner kritisiert die Kron'sche Resolution und meint, daß es nicht angehe, daß jeder Parteigenosse einer Organisation angehören müsse. Weiter gibt er bekannt, daß die Metallarbeiter in den letzten Jahren 179,826,87 Streikunterstützung bezahlt haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Metallarbeiterversammlung erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Referenten und ist bestrebt, für die Agitation und Organisation des Metallarbeiter-Verbandes einzutreten, nur die Erkenntnis über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu verbreiten.“

Stettin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 28. Oktober eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassirer verlas den Kasfenbericht für die Monate Juli, August und September. Es ergab sich für die Verbandskasse eine Einnahme von 473,99, eine Ausgabe von 409,68, Bestand 64,41. Vorkasse: Einnahme 227,18, Ausgabe 172,19, Bestand

484,99. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassirer Entlastung ertheilt. Hierauf machte der Bevollmächtigte bekannt, daß die Zentralherberge der vereinigten Gewerkschaften von Stettin am 1. November im Lokale zur „Stadt Bromberg“ eröffnet wird, und es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen ist, dieselbe auch zu benutzen. Sodann erstattete die Kommission Bericht über ihre Unterredung mit Herrn Stöber, der versprach, die Sache zu unterforschen. Hierauf machte noch der Bevollmächtigte bekannt, daß viele Kollegen die Referendons-Markte für das zweite Quartal noch nicht gelöst haben. Es sind bis zum Schlusse des Jahres drei Referendonsmarkten und zwei Delegirtenmarkten zu lösen.

Strasbourg i. E. Es ist an der Zeit, etwas von hier hören zu lassen. Wir können die erste wichtige Mitteilung machen, daß sich die hiesige Mitgliederzahl seit kurzem gehoben hat, hauptsächlich dadurch, daß die Feilenhauer der hiesigen Fabrik sich dem Verband vollständig angeschlossen haben. Die am Sonntag, den 22. Oktober, abgehaltene Versammlung war gut besucht. In Anbetracht der neuen Mitglieder hielt der Bevollmächtigte Kollege Käfig einen Vortrag über „Zweck und Ziele des D. M. V.“ Er gedachte der Arbeiter-Vereinigungen früherer Zeiten, der Zünfte u. s. w. In der heutigen Zeit der Massenproduktion müßten andere Organisationen existieren, die, wenn es sein müßte, dem Kapital entgegen treten könnten. Zu diesen gehöre der D. M. V. Redner verbreitete sich dann in längerer Ausführung über den Nutzen des Verbandes und forderte alle auf, für den Verband zu agitieren. Damit wir auch in Strasbourg würdig und an andere Orte reihen könnten. Sodann wurde beschloffen, einen Arbeitsnachweis für Metallarbeiter einzuführen und die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu zu ersuchen, keine Arbeitsgesuche aus hiesiger Stadt anzunehmen, wenn dieselben nicht mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sind. Um den Klagen über die theuere Herberge abzuhelfen, wird die Herberge vom 7. November ab in die Wirtschaft des Gastwirths J. Bed. Langestraße 78, verlegt („Goldener Karpfen“). Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die reisenden Kollegen werden gebeten, hierauf zu achten. Auszahlung der Unterstützung von 7 1/2 - 8 1/2 Uhr Abends.

Entlilien. Die hiesige Zahlstelle hielt am 26. Oktober cr. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche von ca. 60 Personen besucht war. Die Tagesordnung wurde nach kurzer Debatte erledigt, bis auf den 6. Punkt, bei dessen Behandlung eine in der Instrumentenfabrik erfolgte Lohnreduktion zur Sprache kam. In genannter Fabrik wurden in letzter Zeit Lohnabzüge von 16 Prozent gemacht. Da nun die dort beschäftigten Kollegen fast sämmtlich der Organisation angehören, so gelang es ihnen, diese Abzüge wieder auf die Hälfte zu vermindern. Es ist dies abermals ein deutlicher Beweis dafür, daß nur durch Einigkeit Erfolge zu erringen sind. In Entlilien sind im Ganzen ca. 500 Metallarbeiter beschäftigt, von denen nur 100 dem Verbands angehören; wenn man nun die in sämmtlichen hiesigen Geschäften erfolgten Lohnreduktionen betrachtet, so sollte man doch glauben, daß den Arbeitern endlich einmal ein Licht aufginge und sie dem Verbands beitreten würden. Aber weit gefehlt! Deshalb ist es den organisierten Arbeitern erschwert, auf dem noch großen Arbeitsfelde zu agitieren. Darum, Kollegen, richten wir nochmals den Mahnruf an Euch: Tretet ein in den Verband der deutschen Metallarbeiter!

Feilenhauer.

Strasbourg i. E. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Umschauen verboten ist, und werden die Kollegen ersucht, bei Verlust der Unterstützung hierauf zu achten. Durchreisende Feilenhauer resp. Feilenarbeiter erhalten eine Extra-Unterstützung von 50 S, welche mit der Verbandsunterstützung Abends von 7 1/2 - 8 1/2 Uhr in der Wirtschaft von J. Bed. Langestraße 78, ausbezahlt wird. Dasselbst befindet sich auch die Herberge.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Behauptung. In einigen Verwaltungsstellen haben wir lechztin die Erfahrung gemacht, daß beim Einlegen der Beiträge durch Beitragsauswähler, Unterkassirer, Werkstattdienstleute u. s. w. sehr wenig Obacht darauf gegeben wird, von wem und für welche Woche der Beitrag gezahlt wird. Da hierdurch die Führung des Sammelbuches und eine Kontrolle über die Leistungen der Mitglieder unmöglich ist, haben wir uns entschlossen, so fernere seitens der Verwaltungen hinreichend Bestimmungen eingehend, Mitgliedsnach dem im Verbandsreglement auf Seite 8 enthaltenen Schema aufzuheben zu lassen und diese den Verwaltungsstellen je nach Bedarf zum Selbstkostenpreis (30-85 S bei 300 Seiten Inhalt) zugustellen. Wir ersuchen daher die Verwaltungen, die auf solche Bücher

reflektiren, und umgehend Nachricht zukommen zu lassen, damit wir die Auflage danach be-
 * * *
 Des Betreffenden ersuchen wir diejenigen Verwaltungen, welche mit dem am 4. Juni 1892 ausgegebenen Verwaltungskommissionenmarkten noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich zu thun, indem durch die obligatorische Einführung der Delegirten- und Referendonsmarkten noch keine Aussicht vorhanden ist, noch welche davon abgehen zu können.
 * * *
 Trotz wiederholter Aufforderung haben folgende Verwaltungen ihre Abrechnungen noch nicht eingeleistet:
November-Dezember 1892:
 Graudenz.
Januar-Februar 1893:
 Graudenz.
März-April:
 Graudenz, Hamburg (Mechaniker), Albed, Doppeln in Oberhiesien, Steinbach b. Bad Liebenstein i. S., Sorau.
Maï-Juni:
 Braß a. d. Weiser, Coburg, Graudenz, Hamburg (Mechaniker), Albed, Doppeln in Oberhiesien, Posen, Schillingheim bei Strassburg, Schweidnitz in Schlesien, Sorau, Steinbach bei Bad Liebenstein, Weylar.
Juli, August, September.
 Kalen, Altwasser b. Waldenburg, Apertade i. Schlesw., Aue i. S., Baden-Baden, Barunen, Wapreuth, Berlin (Zentral), Bochum i. W., Braß a. d. Weiser, Braunschw. (Feilenhauer), Coburg, Erfeld, Darmstadt, Delmenhorst, Dessau, Dillitz, Döbeln i. S., Dresden, Eising, Eisterberg i. W., Erfurt, Essen a. d. Ruhr, Glinsterwalde, Freising, Fulda, Gera, Glöckstadt, Guld, Gölbers b. Altenburg, Graudenz, Greiz i. W., Hagen, Halle a. d. S., Hamburg (Klempner), Hamburg (Mechaniker), Hamburg-Barmbeck, Hamburg-Eimsbüttel, Gasppe, Westerbauer, Helmstedt, Herford i. W., Hersfeld i. Hessen, Höchst a. M., Landsberg a. Weß, Leipzig-Nord, Albed, Magdeburg-Sudenburg, Magdeburg, Mannheim-Untwiesgshafen (Spengli), Witt.-Medwiz, Mexane, Neudorf i. W., Altenburg, Wüggeldorf, Neudorf a. O., Neudorf a. d. Orla, Orla, Doppeln i. Schl., Peggau, Penig i. S., Pforzheim, Pirmasens i. d. Pf., Plauen i. W., Posen, Ratingen a. Rh., Ravensburg, Remscheid, Saalfeld a. d. S., Schillingheim b. Strassburg, Schweidnitz b. Leipzig, Schöningen, Schweidnitz, Sollingen (Schlosser), Steinbach b. Bad Liebenstein, Sulz i. Th., Ulm a. D., Wald i. Rheinland, Weimar, Weimar, Wiesbaden, Wismar, Würzen, Zell i. Westphal, Zeitz, Zirkdorf b. Fürth, Zwickau.
 Wir ersuchen die Mitglieder der oben genannten Verwaltungen, ihre Ortsbeamten zu veranlassen, daß diese ihren statistischen Verpfichtungen umgehend nachkommen. Die Nachsoren machen wir auf § 14 Abs. 2 und 3 des Statuts aufmerksam.
 * * *
 Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:
 Nr. 26047 des Schlossers Joh. Bremer, geb. zu Segensburg am 26. November 1867.
 Nr. 67874 des Malers Karl Häring, geb. zu Landsbut am 2. Jan. 1872.
 Nr. 63118 des Feilenhauers Paul Plewa, geb. zu Breslau am 17. Febr. 1873.
 Nr. 287 des ? Karl Friedrich, geb. zu Cannstatt am 6. März 1867.
 Nr. 48186 des Klempners Gustav Köhne, geb. zu Witt am 26. März 1860.
 Das letztere Buch wurde von Köhne dem Klempner Bonifazius Gebhardt, geb. am 27. Juli 1860, übergeben, um es von der nächsten Verwaltung in Ordnung bringen zu lassen; es ist dem Eigenthümer bis jetzt noch nicht wieder zugestellt worden.
 * * *
 Weiter ersuchen wir die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute, das Buch Nr. 68409 des Klempners Hermann Wiegner, geb. zu Wurzen am 27. August 1865, genau zu revidiren und wenn sich herausstellt, daß mehr als 8 Marken für die Monate Juli und August im Buche enthalten sind und mit Eisterberg abgestempelt sind, das Buch aufzuhalten und nach hier einzusenden.
 * * *
 Der Magazinhier Karl Wiegler, geb. zu Wodensheim am 30. August 1869, wird hierdurch auf Antrag der Verwaltung Wodensheim nach § 8 Abs. 7a aus dem Verbands ausgeschlossen.
 * * *
 Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Verbands je zu halten: Feilenhauer von Chemnitz, Formner von Alt- und Neuzwickau i. S., Berafeld, Klempner von Aitzsburg, S. A., Deuben b. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mannheim, Elmstedt, Stettin, Metallarbeiter von Pforzheim und Nürnberg und Zingstener von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kasslers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, 1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionenmarken ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Vermischtes.

Der Wembley-Thurm in London.

Der Ruhm des Eiffelturmes läßt die Ingenieure nicht schlafen. In Chicago hat man zwar darauf verzichtet, Eiffel zu übertrumpfen und hat das Ferrisrad an seiner Statt gebaut, aber in London ist man zum Thurm zurückgekehrt und baut jetzt im Wembley-Park ein eisernes Ugethüm, das noch 200 englische Fuß höher sein soll, als das Pariser Vorbild. Der neue Thurm, dessen Bau Ende 1894 fertig sein soll, ist als Hauptanziehungspunkt eines großen Vergnügungsetablissemens gedacht, das dem Krystallpalast Konkurrenz machen soll. Die Größenvhältnisse des neuen Eisenwunders veranschaulichen folgende Ziffern: Jedes „Bein“ des Thurmes ruht auf einem 75 Fuß tiefen Fundament, die Höhe des Thurmes ist auf 1150 englische Fuß berechnet, (der Eiffelturm ist nur 975 Fuß hoch) und da der Platz, auf dem der Thurm steht, selbst 165 Fuß über dem Meerespiegel liegt, so verspricht die Aussicht von der Spitze großartig zu werden. Die Basis des Thurmes bedeckt ein Quadrat von 300 Fuß. Das Gewicht des Ugethüms beträgt 7500 Tonnen. Die erste Plattform, die schon im November eröffnet wird, ist 200 Quadratfuß groß und liegt 160 Fuß hoch; die zweite wird 500, die dritte 950 Fuß erreichen. Nach Pariser Muster werden dort Restaurationen, Konzerthallen, Bazars n. s. w. eingerichtet. Auf der Spitze erhält der Thurm ein Observatorium und eine riesige elektrische Lampe. Die Kosten des Baues sind auf 200,000 Pf. berechnet.

Ein neues Steuerojekt. Jedenfalls um das Nützlichste mit dem Angenehmsten zu verbinden, hat das Landes-Medizinalllegium des Königreichs Sachsen dem Reichstangler empfohlen, die ausländischen Geheimmittel und pharmazeutischen Spezialitäten mit hohen Eingangszöllen zu belegen. In erster Linie handelt es sich um die Bekämpfung des Geheimmittelschwindels. Die Vorarbeiten werden von der Reichsregierung verfolgt. Jedenfalls wird sich der Reichstag in seiner kommenden Session mit der Materie beschäftigen. Der Ober-Medizinal-Ausschuß für das Königreich Bayern macht folgende Vorschläge: 1. Generelles Verbot der Ankündigung und Anpreisung von sog. Geheimmitteln, auch wenn deren Zusammensetzung bekannt gegeben ist. 2. Festhalten von Geheimmitteln nur in Apotheken. Um aber das Emporblühen und Uebermühen des Geheimmittelmwesens in den Apotheken zu verhindern, ist es nöthig, unabweidliche Bestimmungen zu erlassen, die den Geheimmittelverkehr in Apotheken regeln und in Schranken halten. 3. Erlaß einer Bestimmung, die gewährleistet, daß der Großhandel mit Geheimmitteln nur in solchen Bahnen sich bewege, die mit der Konzentration des Geheimmittelhandels in den Apotheken in Einklang stehen. 4. Regelmäßige amtliche Untersuchungen der Geheimmittel, sowie die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses. Von anderer Seite ist in einer Eingabe an den Reichstangler die Errichtung einer Reichsbehörde in Vorschlag gebracht, der die Unterbindung und Prüfung jedes Geheimmittels vor der Ertheilung des Verkaufsrechts an die Apotheker, die Festsetzung des Verkaufspreises und die Bestimmung darüber übertragen werden sollen, ob das zum Verkauf zugelassene Geheimmittel im Handverkauf oder nur auf ärztliche Verordnung an das Publikum verabfolgt werden darf. Für eine der besten Formen, den Geheimmittel-Schwindel zu bekämpfen, halten wir die Bekämpfung des Medizinaberglaubens selber. Besterem würde aber am besten zu Liebe gegangen, wenn den Ärzten die gesetzliche Verpflichtung auferlegt würde, die Rezepte in deutscher Sprache anzufertigen. Der grassirende Medizinaberglaube zwingt selbst den gewissenhaftesten Arzt, irrelevanten oder neutralen Pillen und Mixturen den Patienten zu geben. So lange der Medizinaberglaube herrscht, blüht auch der Geheimmittel-Schwindel. Das Verkaufsrecht der Geheimmittel ausschließlich den Apotheken übertragen, heißt nichts Anderes, als dieselben mit dem staatlichen Patente auszurüsten und sie dem Publikum erst recht begrenztenwerth zu machen.

D, welche Lust, Soldat zu sein! Grustes aus den Ferienkolonien. Verlag der „Münchener Post“, München. Preis 20 Pf. Diese Broschüre eignet sich vorzüglich zur Agitation in Stadt und Land. Sie soll beweisen, dem deutschen Volke zu beweisen,

daß der Militarismus ein System ist, das von Grund aus ausgerottet werden muß. Dies beweist die Broschüre weniger durch lange Zahlenreihen und wirtschaftliche Abhandlungen, als durch eine Zusammenstellung von Ereignissen, die durch Zufall in die Öffentlichkeit gekommen sind. Die Absicht ist gut durchgeführt. Der systematische Aufbau des Ganzen gibt ein geradezu grauenvolles Bild des Militarismus und dessen Auswüchsen, das sich von Seite zu Seite steigert, um im Kapitel „Selbstmord“ den Trugbild letzten Akt zu bilden. In den Schlussbetrachtungen wird darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche im Stande ist, die Gesellschaft vor dem Militarismus zu retten. — Wir empfehlen allen Genossen diese Broschüre angelegentlichst zur weitesten Verbreitung. Der Verlag gibt bei Parteiliebigen hohen Rabatt.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Augsburg. Samstag, 11. Nov., Mitgliederversammlung im Gasthaus zum „Blauen Bod“. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Brandenburg. Montag, 18. Novbr., Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal bei Winkel, Hauptstraße 85. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Portmund. Sonntag, 12. Nov., Nachmittags 3 Uhr, bei Zimmermann, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. — Um 4 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Hüger über die Entstehung der Sternschnuppen, Meteore und Feuerkugeln. Zu besichtigen haben die Mitglieder unter Vorweisung des Mitgliedsbuches freien Zutritt. — Um 6 Uhr, gemütlicher Abend, zu welchem Karten à 20 J bei den Vorstandsmitgliedern zu haben sind.

Eckernförde (Schleswig). Sonnabend, 18. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Hauptversammlung in der „Offize-Halle“ bei A. Schmidt. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Mitgliedsbücher sind behufs Revision mitzubringen. Tagesordnung im Lokal.

Esslingen. (Allg.) Samstag, 11. Nov., Abds. 8 Uhr, Versammlung. L.D.: Eingahlung und Aufnahmen. Vortrag. Fragekasten. Verschiedenes.

Frensburg. (Allg.) Sonnabend, den 11. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Raß. Tagesordnung im Lokal. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Der Bibliothekar wohnt Neustraße 2. — Freitag, 17. Nov., im Gasthof zur „Eiche“, Großestr., Extra-Versammlung. L.D.: Arbeitslosenunterstützungskasse. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Frankenthal. Samstag, 11. Novbr., bei Ead. Weißgaffe, Versammlung. L.D.: Vortrag. Bibliothek betr.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 11. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 41, Mitgliederversammlung. L.D.: Vortrag von Herrn Baumann über: „Die Gewinnung des Goldes“. Geschäftliches. Verschiedenes und Fragekasten.

Göppingen. Sonntag, 12. Novbr., Nachm. 2 Uhr, im Lokal „Fisch“ (unteres Nebenzimmer), Versammlung. L.D.: Eingahlung. Aufnahmen. Vortrag eines Genossen.

Halberrstadt. Samstag, 11. Novbr., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Halle a. S. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Mitgliederversammlung nicht Sonnabend, den 11., sondern Sonntag, den 12. Nov., Nachm. halb 4 Uhr, im Vereinslokal, bei Faulmann, Garteng. 7, stattfindet. L.D.: Vortrag. Abrechnung. Innere Angelegenheiten. — Die älteren Mitglieder sollten sich doch ein Beispiel an den jüngeren nehmen, die die besten Besucher der Versammlungen sind.

Hamburg. (Sämmtl. Sektionen.) Sonnabend, 2. Dez., Abends 8 Uhr, in Chr. Hornhardt's Konzerthaus (St. Pauli), Winter-Vergnügen, bestehend in Konzert und Ball unter gefälliger Mitwirkung der Liedertafeln „Eiche“ und „Harmonie“, sowie des dramatischen Vereines „Saltatio“. Karten à 30 J inkl. Damen sind bei sämmtlichen Sektionskassieren, sowie beim Festkomitee zu haben.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstgekreien, Gürtlerreien und Metallbrechereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 15. Novbr., Abends halb 9 Uhr, bei von Salzen, Raffenmacherstraße 6-7, Mitgliederversammlung.

Heide (Holl.). Sonnabend, 18. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Wesen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen Aller dringend notwendig.

Heidelberg. Samstag, 11. November, Mitgliederversammlung. L.D.: Aufnahme. Beitragserhebung. Bericht vom Stif-

tungsfest. Verschiedenes und Fragekasten. Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

Hof. Samstag, 11. Nov., Abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal. L.D.: Vortrag. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskartell. Verschiedenes. — Den Mitgliedern wird hiermit die Bibliothek zur regen Benützung empfohlen.

Hferlohn. Sonntag, 12. Nov., Abds. 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Brennschmidl. Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Hferlohn. Montag, 18. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des Hrn. Friz Drees, große öffentliche Versammlung. L.D.: Vortrag des Kollegen Mohrlad aus Düsseldorf.

Kaiserlautern. (Allg.) Samstag, 18. Nov., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Kochhausen. Sonntag, 12. Nov., Vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung. L.D.: Gewerkschaftskartell. Ref.: Koll. Rudh. Verschiedenes.

Judenwalde. Montag, 18. Novbr., Abds. 8 Uhr, im Schöpschen Lokal, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Mainz. Wir machen die Mitglieder von Mainz und Umgegend darauf aufmerksam, daß Sonntag, 19. Nov., ein Agitations-Ausflug nach Stensheim stattfindet; daselbst öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Unternehmer- und Arbeiterinteresse.“ Wir eruchen um zahlreiche Theilnahme. Alles Nähere durch Plakate.

Minden. Von jetzt ab finden, laut Beschluß vom 18. Oktbr., die Versammlungen alle 14 Tage statt. Nächste Mitglieder-Versammlung am 11. Novbr. Zahlreiche Theilnahme erforderlich. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Geschenk von heute ab im Vereinslokal, Ritterstr. 18, von 7-8 Uhr Abends ausbezahlt wird.

Neckarau. Sonntag, 12. Nov., Mitgliederversammlung. L.D.: Beitragszahlung. Anschluß an die Zentralfaktion. Verschiedenes.

Neu-Ruppin. Den reisenden Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Herberge zur Wittwe Kienast, Schickelstraße, verlegt worden ist.

Nordhausen. Sonntag, 19. Novbr., Nachm. halb 8 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung im Lokal. Wegen Wichtigkeit derselben ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.

Nürnberg. (Sektion der Roth- und Glodengießer.) Samstag, 11. Nov., Abds. punkt halb 9 Uhr, im Café Merl, Predtelsg., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Die Bibliothek ist während der Versammlung geöffnet.

Nürnberg. (Sektion der Schmiebe.) Samstag, 18. Nov., Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal, „Wirtschaft zum Hammerha“, Schildgasse 4, Mitgliederversammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl eines Bevollmächtigten. Fragekasten. Verschiedenes. — Allen Mitgliedern sei die fleißige Benützung der Bibliothek für welche zahlreiche Werke angeschafft wurden, empfohlen. — Alle Sendungen sind an den Bevollmächtigten, Nikolaus Schölian, Querstr. 1 in Wöhrd, zu richten.

Offenbach a. M. Montag, 13. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Saale der „Stadt Heibelberg“. Arbeitsnachweis und Herberge daselbst. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder notwendig.

Osnabrück. Sonnabend, 18. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Johannesstr. 45.

Regensburg. Zentraltherberge, Verkehrslokal und Arbeitsnachweis befinden sich jetzt „Bronze- und Stahl“, Mothe Löwenstr. 81.

Schwelm. Sonntag, 12. Nov., Abds. 6 Uhr, Versammlung.

Schwelm. Sonntag, 19. Nov., Nachm. 4 Uhr, im Saale des Herrn Müller, große öffentliche Metallarbeiterversammlung. L.D.: Vortrag des Kollegen Mohrlad aus Düsseldorf über „Die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung.“

Stegburg. Meine Wohnung befindet sich nicht mehr Johannisstraße, sondern ist jetzt Haus Nr. 1 bei Richard. A. Bäcker, Brunnensmann.

Stuttgart. Samstag, 11. Novbr., bei Bogner, Christophstr., Versammlung. L.D.: Eingahlung und Aufnahme. Gewerkschaftsbericht. Vortrag von Koll. Weber über: „Arbeiterbewegung in der Schweiz“. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Wetzlar. Sonnabend, 18. Nov., Versammlung bei Käse. L.D.: Vortrag. Besprechung des Jahresberichts.

Verschiedenes. — Die umliegenden Bahnhöfe werden ersucht, den über Weizen kommenden Reisenden die Unterstützung nur von hier aus zu berechnen, da wir dieselbe jedem Berechtigten anzahlen. Diejenigen, welche hier kein Reisegeld erhalten, verkehren auf der „Herberge zur Heimat.“

Weimar. Sonntag, 19. November, im großen Saale des Stadthauses 2. Stiftungsfest mit Konzert und Ball. Die Kollegen aus Abolba, Erfurt und Jena sind freundlichst eingeladen. Empfangskomitee, an rother Schleife kenntlich, von Mittag ab am Bahnhofe.

Wiesbaden. Samstag, 18. November, Mitglieder-Versammlung bei Wath, Michaelsberg 26. Daselbst befindet sich auch das Verkehrslokal. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Witten. Sonntag, 12. Nov., Nachm. 5 Uhr, bei Dahn, Herbedestr. 8, Versammlung. L.D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 11. Nov., Abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Buchhalter, Wälderstr., L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Vortrag. Wahl eines Revisors. Verbandsangelegenheiten.

Zlauchau. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 11. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. (Fachverein der Metallarbeiter.) Sonnabend, 11. Nov., Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal.

Anzeigen.

Neu.

Am 28. Oktober verschied nach langem Leiden unser Kollege Wilhelm Baumert an der Proletarierkrankheit. Er war ein treuer und eifriges Mitglied. Ehr seinem Andenken. Verwaltungsrath Heilbronn.

Aufforderung. Der Klempner Hermann Bartels, wird hierdurch aufgefordert, seine bekannten Verpflichtungen zu erfüllen; ebenso der Schlosser A. Dombroski und der Former A. Abisch, da ich mit dem Gewerkschaftskomitee abrechnen muß. Jul. Wegner, Brandenburg.

Aufforderung. Der Gelbsteher Paul Hertlein, geb. am 14. April 1872 zu Feucht, wird aufgefordert, seinen Aufenthalt wegen Erbschaftsangelegenheit an Unterzeichneten gelangen zu lassen. B. Macher, Nürnberg, Kaiserstr. 11. der Roth- u. Glodengießer.

Aufforderung. Kollege Joseph Hub, Buch Nr. 19019, wird ersucht, den aus der Bibliothek entlehnten Band „Die französische Revolution“ wieder abzuliefern. Die Dispositionen werden ersucht, event. darauf aufmerksam zu machen. Derselbe ist angebl. nach Frankfurt a. M. gereist. Ortsverwaltung Offenbach a. M.

Aufforderung. Ersuche den Klempner Arno Seifert, ein Erstreten zu Oldenburg, mir umgehend seine Adresse mitzutheilen. Emil Pfriffer, Stuttgart, Staße 11/12/13/14.

Der Eisenarbeiter Wato. Ungershardt, zur Zeit in Kaiserlautern, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungskasse nachzukommen. Ortsverm. Ludwigshafen a. Rh.

Ein-n wärtigen, soliden Feilenhauer such-n Eugen Graf & Co. in Wachen.

Vereinigung bringt Nutzen!

Die bekannte guten, rechten Hamburger Federhosen, mittelgrün und dunkler, sendet nach jedem Orte franko gegen Rücknahme, wie folgt:

Table with 3 columns: Nr. I prima, Nr. II, Nr. III Halbhaber. Rows list prices for 1, 2, 3, 4, 5, 6 pairs of socks.

Jede beliebige Länge und Farbe ist vorrätbig! Schriftliche Angabe bitte stets angeden! Zur Bestellung genügt Postkarte!

D. Schlesinger in Bernburg Markt 27,